

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Abonnementpreis durch Boten vierteljährlich 3 RM., durch die Post 3,60 RM. • Einzelnummern 50 Pfg. • Anzeigen: Die 25 mm breite Millimeter-Zelle oder deren Raum 40 Pfg. • Platzvorschriften ausgeschlossen. Postfach-Konto Hannover Nummer 576 13. • Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Zentrale Bochum, Kaiserstraße 34. • Telefon-Nummer 608 21. • Telegramm-Adresse: Mittelverband Bochum.

Vorwärts, an die Arbeit!

Zur Winteragitation.

In fast allen Geschäftsstellen des Verbandes finden in diesen Wochen Funktionärkonferenzen statt, die sich mit der Werbearbeit für den Winter beschäftigen. Soweit das bis jetzt schon geschehen ist, läßt sich erkennen, daß überall die Zuversicht in gute Erfolge bei einsetzender Werbetätigkeit wächst. Gewiß, die Werbearbeit wird eigentlich ununterbrochen draußen geübt. Der gute Gewerkschafter ist immer bestrebt, seinen indifferenten unorganisierten Klassengenossen für uns zu gewinnen. Aber um diese rein persönliche Werbearbeit handelt es sich nicht, wenn wir von der notwendigen Winteragitation des Verbandes reden. Hier dreht es sich um

die organisierte Werbearbeit.

die als Gemeinschaftsarbeit der organisierten Funktionäre am Orte ausgeübt werden soll.

Funktionär in diesem Sinne ist natürlich nicht nur das Mitglied der Ortsverwaltung, sondern jeder, der den Willen und das Zeug hat, bei solcher Gemeinschaftsarbeit mitzuwirken. Zweck solcher Agitation ist vor allem, alle unorganisierten am Orte möglichst gleichzeitig zu erfassen, woraus natürlich für den Erfolg besondere Chancen entstehen. Erstens kann der Unorganisierte schlecht ausweichen mit dem Bemerk, daß sich erst mal „die anderen“ organisieren sollen, da man ihm entgegenhalten kann, daß alle zu dieser Tat aufgefordert werden und die Verweigerung des Beitritts zur Organisation nur Böswilligkeit und egoistischer Eigennutz auf Kosten der organisierten Kameraden bedeuten kann. Zweitens aber erhält solche organisierte Werbearbeit, die geschlossen und auf breiter Linie angelegt wird, den Charakter einer Bewegung. Der einzelne Unorganisierte wird dadurch mehr aufmerksam und, in seiner Eigenschaft als Unorganisierte, Gegenstand eines gewissen Allgemeininteresses.

Natürlich wird der wirkliche Erfolg immer abhängig sein von dem Geschick des einzelnen Agitators auch bei dieser organisierten Werbearbeit. Vor allem ist es hierbei Vertrauen in sich selbst, Ausdauer bei der Arbeit und ein gewisser Ehrgeiz auf den Erfolg, was der Agitator besitzen muß. Die Erfahrung hat gelehrt, daß solche Kameraden es zu geradezu erstaunlichen Resultaten bringen können. Insbesondere hat das die Werbeaktion des vergangenen Winters bewiesen, die von der Verbandszentrale geführt und angeregt wurde durch die Gewährung von sogenannten Werbeprämien. In fast allen Verbandsbezirken hat sich gezeigt, daß der Boden für erfolgreiche Werbearbeit immer noch gegeben ist. Es ist nur Aufgabe der Ortsverwaltungen und örtlichen Funktionäre, die richtige Bearbeitung herbeizuführen.

Wie sehr noch die Möglichkeit besteht, neue Mitglieder gewinnen zu können, sei an folgenden Zahlen dargelegt, die wir als Teilergebnis aus der vorjährigen Winteragitation wiedergeben. Vermerkt sei noch, daß die Zahlen unbedingt zuverlässig sind, da sie ja doppelt geprüft wurden und durch die ausgestellten Aufnahmekarten besonders nachgewiesen sind.

Demnach haben in der letzten Agitationsperiode erzielt: 390 Kameraden je 9 bis 16, 166 Kameraden 17 bis 23, 60 Kameraden 24 bis 29, 26 Kameraden 30 bis 34 und 132 Kameraden 35 und mehr Aufnahmen. Von diesen letzteren 132 Kameraden haben 104 mehr als 35 Aufnahmen tätigen können, und zwar:

Anzahl der Kameraden	Anzahl der Aufnahmen	Anzahl der Kameraden	Anzahl der Aufnahmen	Anzahl der Kameraden	Anzahl der Aufnahmen
9	38	3	51	3	67
5	39	3	52	1	69
6	40	2	53	1	72
5	41	2	54	2	74
5	42	4	55	2	75
4	43	2	56	1	77
1	44	1	58	1	86
4	45	1	59	1	87
4	47	1	60	1	88
2	48	2	61	1	103
4	49	2	63	1	121
3	50	2	64	1	169

Durch die Werbearbeit um die ausgeschriebenen Prämien wurden allein im gesamten Verbandsgebiet über sechzehntausend Aufnahmen gemacht. Das heißt also, daß es sich hierbei fast ausschließlich um die Werbetätigkeit von ein paar hundert Einzelmitgliedern handelt. Diese Aufnahmen verteilen sich auf die einzelnen Bezirke wie folgt: Ruhrrevier 3428, Hannover 1484, Halle 3763, Nordhausen 838, Senftenberg 931, Waldenburg 598, Giesvitz 1462, Mächeln 1108, Köln 691, Herborn 406, Saarbrücken 211, München 516, Zwickau 632, Lugau 418. Es zeigt sich also, daß in allen Bezirken die gleiche Möglichkeit zu erfolgreicher Werbearbeit besteht.

Die organisierte Winteragitation muß natürlich auf alle diese Möglichkeiten abgestellt werden. Besonders ist es notwendig, daß die Unorganisierten öfter während des Winters aufgesucht und aufgerüttelt werden. Es läßt sich dabei die Erfahrung viel nutzbarer verwenden, die bei jeder Agitation gewonnen wird. Die Ausrede, daß solche Agitationsarbeit ziemlich zwecklos sei, darf in Zukunft nicht mehr gelten. Die oben aufgeführten Zahlen sprechen zu deutlich. Bezeichnend ist, daß die meisten der obigen Aufnahmen

über den Weg der Hausagitation

getätigt werden konnten. Damit ist also erwiesen, daß die Hausagitation immer noch die erfolgreichste Methode darstellt. Es müssen deshalb alle Mitglieder sich bereitwillig ihrer Ortsverwaltung zur Verfügung stellen, wenn dieselbe nun in den kommenden Wochen zur Mithilfe bei der Hausagitation aufruft. Die Arbeit erfolgt ja im eigenen Interesse der Kameraden: Je stärker wir mit unserem Verbandsdastehen, desto erfolgreicher kann natürlich unsere Arbeit sein, die wir im Interesse der Mitgliedschaft zu leisten haben. Die größte Intelligenz und die revolutionärste Revolverschraube kann eben im Kampf mit den Unternehmern nichts herausholen, wenn dahinter nicht die große organisierte Macht der Werttätigen selber steht. Nur diese organisierte Macht bestimmt jeglichen Erfolg.

Wie oft waren die Mitglieder nicht schon unzufrieden mit den Resultaten unserer Bewegungen. Und wie oft glaubte dabei ein Teil der Mitglieder, die Schuld am unbefriedigenden Erfolg der Verbandsleitung zuschieben zu müssen. Selten aber zeigt sich bei solchen Gelegenheiten ernsthafte Entrüstung über die unorganisierten Kameraden.

Das unbefriedigende Resultat unserer Tarifbewegungen spiegelt ja nur genau das unbefriedigende Verhältnis der Unorganisierten zu den Organisierten wider.

Ja, man muß oft darüber staunen, daß es dem kleinen Teil der Organisierten (der größte Teil der Arbeiter ist

nämlich unorganisiert) möglich ist, immer noch Erfolge herauszuschlagen. Um wieviel leichter wäre das und um wieviel größer müßten dieselben sein, wenn jene Indifferenten mit in unseren Reihen stehen würden? Das gilt es einzusehen von allen Mitgliedern, dann sind wir überzeugt, daß auch die diesjährige Werbearbeit mit einem großen Erfolge für die ganze Bewegung abschließen wird.

Leider gibt es heute eine Gruppe Arbeiter, die den „Klassentampf“ auf ihre Fahne geschrieben hat, aber die Organisierung der Arbeiter in den Gewerkschaften für überflüssig erklärt. Es sind politische Lausbuben, die solche Lehren erlassen haben — Leute, die nur um ihre Stelle kämpfen als hauptberufliche Funktionäre und dafür eine Herde Dumme brauchen. Sie wissen genau, daß die organisierte Arbeiterkraft auch organisierte und Erfolge heischende Arbeit verlangt. Würden sie dazu übergehen, dann wäre ihre Ueberflüssigkeit als Sonderorganisation bald erwiesen. Sie verlegen sich deshalb auf weibisches Schimpfen und Verleumdungen der legalen Gewerkschaften, um so unter den Unorganisierten genügend Unausgeträte und Dumme angeln zu können, die ihnen ihre parteipolitischen Funktionen halten helfen. Es verlohnt sich nicht, diesen politischen Buschleppern viel Raum hier zu widmen, da jeder Gewerkschafter ihre eigentlichen Ziele längst durchschaut hat. Erwähnen wollten wir sie nur, da sicher einzelne Unorganisierte im Verlauf der Werbediskussionen darauf verweisen werden. Wir sind überzeugt, daß es jedem Kameraden leicht möglich sein wird, hier der Wahrheit zur Anerkennung zu verhelfen und jedem leicht begreiflich zu machen, daß nur ein bewußt unehrlicher Politiker, wenn er sich Arbeiterfunktionär nennt, oder nur ein „Revolutionär in Wort und Schrift“, wie wir sie in den Journallen der kommunistischen Redaktionen kennen lernten, den Arbeitern beibringen kann, daß zum Klassentampf keine Organisation nötig sei.

Wir alle sind nicht nur vom Gegenteil überzeugt, sondern haben im praktischen Klassenkampfe erfahren, daß die Organisierung der Arbeiterkraft erst die Voraussetzung zu jeglichem Erfolg im Kampfe mit dem Kapitalismus darstellt. Deshalb auch haben wir das Vertrauen in unsere Mitglieder, daß sie alle, soweit irgendwie die Möglichkeit besteht, zur Winteragitation antreten werden. Die Absicht muß sein, daß es jeder den erfolgreichen Werbern des letzten Winters gleichgültig will. Das soll Absicht sein.

**Resultat aber muß werden, daß jeder wenigstens ein neues Mitglied gewinnt.
Vorwärts, an die Arbeit!**

Die wirtschaftliche Mächtigkeitsgruppierung.

Eine neue Welle der Konzentration geht über die deutsche Wirtschaft. Es ist heute noch durchaus ungewiß, welche Unternehmungen in Zukunft noch ihre Selbständigkeit behalten werden. Der Ballungsprozess ist eng verbunden mit der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft überhaupt. Namentlich in Europa, wo teilweise aus handwerkemäßigen Betrieben sich die kapitalistische Industrie entwickelt hat, ist auf immer neuen Gebieten eine fortwährende Umwälzung und Zusammenfassung von Betrieben zu größeren Wirtschaftseinheiten notwendig gewesen. Mit dem Eintritt in die Stufe der Massenproduktion mußten auch große und leistungsfähige Unternehmungen vorhanden sein, die Massenprodukte hervorbrachten. Sinzu kommt der Wachstumsprozess der kapitalistischen Wirtschaft an sich, der einhergehend mit einer immer weiter fortschreitenden Mechanisierung des Produktionsprozesses. Die hier gekennzeichnete Entwicklung war bereits in der Vorkriegszeit in starkem Maße verwirklicht worden. Nach dem Kriege setzte eine neue Welle der Konzentrationsbewegung ein. Die Inflationszeit wirkte wie ein warmer Regen für das Emporklühen großer Konzerne und wirtschaftlicher Einheiten.

Nicht alles, was unter den anormalen Verhältnissen und deren Auswirkungen sich zusammengeformt hatte, ist später lebensfähig geblieben. Aber nachdem wieder mit festen Währungsgrundlagen gerechnet werden konnte, ging die Konzentration von anderen Grundlinien aus, die eine viel größere Saltbarkeit versprachen. Hatten wir in der Inflation mit der Bildung von vertikalen Konzerngebilden zu rechnen, so ging die Zusammenfassungsbewegung in den Jahren seit 1924 hauptsächlich auf horizontaler Basis vor sich. Nicht mehr war es das Bestreben, die Produktion vom Rohprodukt bis zum Fertigfabrikat zusammenzufassen, sondern man suchte hauptsächlich gleichartige Betriebe zum Zwecke höherer Wirtschaftlichkeit miteinander zu verbinden. Die letzte Art der Zusammenfassung kann man als im Zuge der Rationalisierung liegend ansehen. Der Ballungsprozess der letzten fünf Jahre hat nur zum Teil die Grundlinien gemein, die der Konzentration der Vorkriegszeit zugrunde lagen. Waren es ehemals Gründe großer Kapitalflüssigkeit und eine gewisse Fülle des Reichums, die leistungsfähige Industriewerke veranlaßte, minder leistungsfähige aufzusaugen, so ist es heute grundsätzlich anders. Im Zeichen der Bedrängnis, hervorgerufen durch

den nationalen und internationalen Konkurrenzkampf, finden sich Betriebe zusammen, die nur ungern auf ihre Selbständigkeit verzichten leisten.

Die Kapitalknappheit und das eiserne Muß, eine rationelle Betriebsführung unter allen Umständen zur Durchführung zu bringen, sind die wichtigsten Sabel der modernen Konzentrationsbewegung. Deutschland hat sich bemüht in den Prozess der Amerikanisierung gestürzt. Es stand vor der Frage, den alten Weg des Groshungerns mittels Sparbarkeit und Beschränkung zu gehen oder das Tempo der Industrialisierung und der Konsumausweitung einzuschlagen. Man glaubte, die Nöte der Wirtschaft und der Kapitalknappheit durch schnelle und starke Rationalisierung besser überwinden zu können. Es läßt sich darüber streiten, ob der von Deutschland eingeschlagene Rationalisierungsprozess nicht als überreilt gelten kann, namentlich wo die eigene Kapitalbildung in Deutschland zu einer solchen gewaltigen Umstellung nicht ausreicht und infolgedessen Auslandskapital in großem Maße herangezogen werden mußte. Wie dem aber auch sei: es gibt auf dem einmal eingeschlagenen Weg kein Zurück mehr. Auch vom Standpunkt der Arbeiterklasse ist die Tendenz der neueren Entwicklung zu begrüßen. Einmal mußten wir doch diese Periode der Rationalisierung durchschreiten. Und im Zuge alles dessen liegt auch der in mannigfachen Formen durchgeführte Zusammenfassungsprozess, der wahrscheinlich noch lange nicht sein Ende erreicht haben wird. Sinzu kommt noch das Einbringen des ausländischen Großkapitals in das Gehege der deutschen Industrieunternehmen.

Wenn wir einen rohen Ueberblick machen und die Bewegung in einzelnen Industrien betrachten, so ergibt sich folgendes Bild:

Die Lokomotiv- und Waggonbauindustrie war weitgehend überflüssig und ist jetzt auf wenige Großunternehmen konzentriert worden. Alte, seit Jahrzehnten bestehende Werke mußten sich umstellen oder wurden abgerissen. Das gleiche ist der Fall in der Automobilindustrie. Von den in der Inflation bestehenden ungefähr 75 Unternehmen, die Kraftfahrzeuge bauten, sind nur noch ganz wenige übrig geblieben. Auch diese letzteren wissen nicht, ob sie das gesteckte Programm

Die Verwaltungskosten der Gewerkschaften.

Tausenden zählen. Dabei hätten sich die Unternehmerverbände bei der Deffektivität Einblick in ihre innere Organisation und Verwaltung zu geben. In dem über 300 Seiten starken Jahresbericht der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände findet man kein Wort und keine Zahl über Verwaltungsausgaben. Auch der Verein für die bergbaulichen Interessen berichtet selbstverständlich nichts darüber. Woher sollen die Unternehmerverbände auch kommen, wenn sie darüber berichten sollten? Dann würden sie ja ausbreiten, wieviel Millionen sie jährlich für staatsfeindliche Zwecke ausgeben! Wie groß diese Summen sein mögen, kann man sich vorstellen, wenn man erfährt, daß das kleine ostfälische Braunkohlensyndikat allein dem „Stahlhelm“, der Deutschnationalen und der Nationalsozialistischen Partei rund 300 000 M. zur Verfügung gestellt hat!

Was mögen sie noch aufwenden für die Aufzählpögel der Gelben, der Wertvereine!

Un die Bezüge der leitenden Leute in Industrie und Handel die sich für den einzelnen oft auf viele Hundert tausend Mark belaufen, braucht man nur zu erinnern. Man darf auch fragen, ob es nicht Wahnsinn ist, wenn ein bekannter „hollabeghrlicher“ Industrieller einen Landesherrn, der 75 Räume umfaßt und in dem alle Lichtleitungen usw. in Kupferrohren verlegt sind! Oder man darf erinnern an einen anderen Ruhr-Großindustriellen, der um seinen riesigen württembergischen Landbesitz eine Mauer ziehen ließ, die vier Millionen Mark kostete!

Bei den Gewerkschaften ergaben sich große Ausgaben zwangslos durch die Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse. Wir müssen unsere Zeitungen den Mitgliedern ins Haus bringen und dort die Beiträge abholen lassen. Dafür gehen ein großer Teil der 10 bis 12 Prozent drauf, die die Ortsverwaltungen bekommen. Wir brauchen Tausende von Funktionären, um unsere Funktionäre, Betriebsräte, Knappschaftsältesten und Funktionäre in der allgemeinen Arbeiterherkunft auf dem laufenden zu halten. Wir brauchen, solange die Unternehmer engstirnig sind in Fragen der Lohn- und Tarifpolitik, viel Geld für solche Verhandlungen, für Kollisionskonferenzen, die von Hunderten Funktionären besucht sind. Selbstverständlich muß der Verband diesen Funktionären ihre Auslagen ersetzen. Daß das sparsam geschieht, dafür sorgen die Mitglieder durch ihre selbstgekauften Beihilfen. Solange das Verhalten der Unternehmer uns dazu zwingt, müssen wir diese Kosten tragen, auch wenn wir selbst ihre Minderung wünschen.

Was wir den Zeitungsboten, Funktionären usw. vergüten, ist bei weitem keine Bezahlung, sondern nur eine kleine Anerkennungsgebühr und Ersatz notwendiger Auslagen.

Gewiß, all diese Gelder summieren sich zu großen Ausgaben. Den Vorwurf persönlicher ungerechtfertigter Bereicherung mag man ja auch gegen die Gewerkschaften nicht zu erheben. Daß die großen Leistungen der Gewerkschaften den Unternehmern nicht angenehm sind, ist begreiflich.

Wie wäre es aber wohl um die Arbeiterschaft bestellt, wenn die Gewerkschaften nicht auf der Opferwilligkeit ihrer Mitglieder und der Zehntausende von Funktionären so leistungsfähig wären!

durchzuführen in der Lage sind. Dazu kam noch, daß die amerikanischen Großkonzerne in die deutsche Automobilindustrie einbrachen und hier verstaatlichend wirkten. In der Montanindustrie ist der Hallingprozeß schon seit Jahrzehnten im Gange. Aber auch hier ergeben sich wieder neue Zusammenschlußmöglichkeiten, die teilweise schon weit vorgeschritten oder wenigstens geplant sind. Die einflussreiche Holzindustrie in der Industrie ist in hohem Maße überfordert. Ein typisches Beispiel aus der Weiterverarbeitung ist die Kugellagerindustrie. Der schwedische Kugellagertrust hat ungefähr zwei Drittel der deutschen Fabriken geschluckt und der Rest hat Mühe, sich gegen die überbietende Konkurrenz zu wehren. In der Luftschiffahrt sind auf den einzelnen Strömen wenige Großkonzerne maßgebend. Die Gesellschaft wird beherrscht von den beiden diesen Capax und Norddeutscher Lloyd. Wenn diese sich auch ziemlich feindselig gegenüberstehen, so ist es aber nur noch eine Frage der Zeit, wo sie zusammenkommen. In der elektrotechnischen Großindustrie haben sich wirksame Umwälzungen an. Der neugebildete Konzern der Schwachstromindustrie ist unter wesentlicher Beteiligung amerikanischer Großkapital vor sich gegangen. Bei der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft (AEG) und der Osram G. m. b. H. haben amerikanische Großunternehmungen nicht geringen Einfluß erlangt. Die letzteren Vorwommnisse haben zu jenen Ausnahmestellungen geführt, die zwischen Siemens und der AEG vor wenigen Tagen in aller Öffentlichkeit ausgetragen wurden. In der Textilindustrie, der Kunstseide und vielen anderen sind ebenfalls weitgehende Zusammenschlüsse erfolgt.

Es ist also ein Umwälzungsprozeß, dessen Ausgang niemand voraussehen kann. Gefördert wird die Konzentration durch die Vorgänge im Bankwesen. Bereits auf der Industrietagung in Düsseldorf hat ein maßgebender Mann der Deutschen Bank, der die Zusammenschlüsse in einigen Industrien maßgebend gefördert hat, angegeben, daß „in einer ganzen Reihe von Industrien große Zusammenschlüsse notwendig sind, die allein es gestatten werden, wenigstens die notwendigen Voraussetzungen für eine Gesundung zu schaffen. Die Erkenntnis ihrer Zwangsläufigkeit wird sich meines Erachtens unaufhaltsam durchsetzen, und es wäre dringend zu wünschen, daß die eigene Initiative alle persönlichen und traditionellen Hemmungen rechtzeitig überwindet und dem, was sich sonst zwangsläufig abspielen wird, rechtzeitig zuvorkommt.“ Das war ein sehr deutlicher Wink mit dem Zaunpfahl.

Der Zusammenschluß der beiden Großbanken kann an dieser Entwicklung nicht spurlos vorübergehen. In Gunsten von Unternehmungen sind die Deutsche Bank und die Diskontogesellschaft im Aufsichtsrat vertreten. In 55 großen Industrieunternehmungen hat eins der beiden Institute den Vorsitz im Aufsichtsrat inne. In 54 weiteren Unternehmungen haben sie den Posten des stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden inne. Solange sie selbstständig waren, hatten sie ein Interesse daran, ihre eigene Einflußsphäre nicht zu verkleinern. Diese Rücksichtnahme ist jetzt fortgefallen. Es steht durchaus nichts mehr im Wege, daß die vereinigte Großbank in den von ihr beeinflussten Industrien Wandel schafft und Kombinationen durchführt, die sie im Interesse der Industrie und schließlich zu ihrem eigenen Wohl für notwendig erachtet. Die D-Bank kann nicht mehr ruhig zusehen, wenn Industrieunternehmen sich im Konkurrenzkampf leidenschaftlich bekämpfen oder sich gegenseitig bei ihrer Entwicklung im Wege stehen. Man wird den Weg beschreiben, daß man gleichartige Werke zusammenschließt, um so eine höhere Wirtschaftseinheit zu schaffen.

Der Konzentrationsprozeß wird sich also in den nächsten Jahren in schnellerer Gangart fortsetzen. Die Arbeiterschaft muß rechtzeitig diese Tatsachen erkennen und sich so gut es geht darauf einrichten. Wir können diese Art Nationalisierung nicht verhindern. Was wir aber zu tun vermögen, ist ein rechtzeitiges Prüfen der eigenen Kraft. Mühen wir feststellen, daß diese nicht ausreicht, um diesen Großmächten der Privatwirtschaft als kompakter Faktor entgegenzutreten zu können, dann müssen die Voraussetzungen hierzu geschaffen werden. Sie liegen einerseits in der Reformierung der Gewerkschaftsbewegung an sich und andererseits in der Auffrischung und Verhallung eigener Machtmittel. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der 5 Millionen Arbeiter hinter sich hat und jährlich über eine Einnahme von rund 20 Millionen Mark verfügt, ist bereits eine Großmacht, die aber noch wesentlich hervorgehoben werden kann, wenn die Verbandsmitglieder es nur wollen. Dann brauchen wir die neue Welle der Konzentration wie auch die früheren nicht zu fürchten.

Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ machte sich am 1. Oktober des Vergangenen, an Hand des Jahrbuchs des ADGB über die Verwaltungskosten der freien Gewerkschaften, die 7,8 Prozent der Ausgaben für 1928 betragen, zu zetteln. Das Blatt erlaubte sich zu schreiben:

„Kein Verband, keine wirtschaftliche Einrichtung und besonders keine Unternehmung, bei dem nicht die Gewerkschaftskassiere das Geld in der Hand haben, könnte sich solch ungeheure Verwaltungskosten erlauben.“

Wir haben diese Ausführungen unbeachtet gelassen, weil Wirkkräfte dieser Art gegen unsere Gewerkschaften völlig unbegründet sind. In der Rhein-Westf. Ztg. vom 20. Oktober wird nun aber die Geschichte mit besonderer Bezugnahme auf unseren Verband nochmals aufgearbeitet. Der Artikelschreiber stützt sich auf die Angaben im Jahrbuch des ADGB, die natürlich nicht so eingehend sind, wie die in unserem Jahrbuch. Das Schwimmbel kann der Artikelschreiber aber auch hier nicht lassen. Er zitiert, daß die persönlichen Verwaltungskosten der Hauptverwaltung unseres Verbandes 279 527 M. oder 4,92 Prozent der Ausgaben betragen. Er unterschlägt, daß nach der besonderen Anmerkung im Jahrbuch des ADGB, sich in dieser Summe 105 395 M. für Versicherungsbeiträge befinden. Ein Schulkind könnte begreifen, daß diese 105 395 M. nicht Versicherungsbeiträge für die Personen in der Hauptverwaltung sein können, also nicht zu den persönlichen Verwaltungskosten der Hauptverwaltung gehören. Es handelt sich hier um die Versicherungsbeiträge aller Verbandsangehörigen im Reichsgebiet und um die Versicherung der mehr als 15 000 ehrenamtlichen Funktionäre des Verbandes, damit sie gegen die Folgen von Unfällen geschützt sind, die ihnen bei offizieller Verbandsarbeit zustoßen.

Dann zählt der Artikelschreiber auf, was ihm an Verwaltungskosten erscheint und kommt so auf einen Prozentsatz von 36,96 Prozent der Ausgaben. Er zählt dann noch Prozentsätze (die fast nur Ausgaben für die Mitglieder sind!) und sonstige Ausgaben hinzu, um dann auf einen Prozentsatz von 47,92 Prozent zu kommen. So wenig wie die Prozentsätze gehören die im einzelnen nicht ausgewiesenen sonstigen Ausgaben zu den Verwaltungskosten. Die Ausgaben, die man für Verwaltung einsetzen könnte, sind:

Vergütung der Ortsverwaltungen	692 233 M. (10,85 %)
Vergütung der Bezirke	1 051 518 M. (16,48 %)
Konferenzen, Generalversammlung	127 448 M. (2,00 %)
Hauptverwaltung, persönlich	174 132 M. (2,73 %)
Hauptverwaltung, sächlich	77 125 M. (1,21 %)
Bundesbeiträge	43 079 M. (0,68 %)

Das sind 33,95 Prozent; wenn man die Versicherungsbeiträge noch zählen will, 35,60 Prozent.

Das mag dem Uneingeweihten hoch erscheinen, bei näherer Betrachtung steht die Sache aber ganz anders aus. Man kann selbstverständlich die Verwaltungskosten eines Unternehmerverbandes nicht mit denen einer Gewerkschaft vergleichen. Der Unternehmerverband zieht seine Beiträge in großen Summen per Post oder Bank ein, seine Zeitung verfenbet er mit der Post, und wenn Generalversammlungen oder große Tagungen der Industrie usw. stattfinden, zahlt er nur für seine Vorstandsmitglieder die Unkosten, aber nicht für die anderen Teilnehmer, die oft nach

Unverschämte Unternehmeranmaßung.

Vorstand und Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie und der Vereinigung der Arbeitgeberverbände haben kürzlich in Saarbrücken gesagt. Es war selbstverständlich, daß bei einer solchen Tagung die Frage der Rückkehr der Saar zu Deutschland und die damit verbundenen Wirtschaftssfragen eine Rolle spielen. Es ist selbstverständlich, daß, soweit das irgend möglich ist, dem einheitlichen Kampf der Saarbevölkerung um ihr Recht und ihre Wirtschaftsgeltung während verfloßener Jahre auch ein einheitlicher Kampf um die zukünftige Wirtschaftsgeltung des Saargebietes folgt. In dem Bericht von der Unternehmertagung an der Saar wird denn auch Bezug genommen auf ein Wirtschaftsprogramm für die Mitglieder der Saar, das von der gesamten Bevölkerung getragen werden soll. Das letztere ist eine Selbstverständlichkeit, die Arbeitnehmer würden auch unter keinen Umständen sich damit abfinden, hier in irgendeiner Weise ausgeschaltet zu werden.

Was aber in diesem Falle recht und billig ist, sollte in anderen ähnlichen Fällen nicht falsch sein. Zu den Verhandlungen in Paris, welche die Reichseisenbahn betreffen, sind auch Gewerkschaftsvertreter zugezogen worden. Dazu hat die Industriellen-tagung in Saarbrücken eine Entschließung angenommen, in der es heißt:

„Der Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Industrie lenkt die Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit auf die ihm bekanntgewordene merkwürdige Tatsache, daß die Reichsregierung zu den Verhandlungen über die Umgestaltung der Eisenbahngesetze in Paris den Regierungsvertretern vier Vertreter der Eisenbahngewerkschaften beigeordnet hat. Die Reichsbahn ist weder eine Einrichtung der Eisenbahnbeamten oder der Eisenbahnarbeiter noch der Passagiere. Um so mehr erhebt der Vorstand schärfsten Einspruch dagegen, daß die Reichsregierung den Eisenbahngewerkschaften die Möglichkeit der Vertretung einseitiger Sonderinteressen geschaffen hat, und er ersucht die Regierung, diese Vertreter alsbald von den Verhandlungen zurückzuziehen, um die Verhandlungsführung objektiven Vertretern der Reichsregierung ohne gewerkschaftliche Kontrolle zu überlassen.“

Un sich schon mußte die unverschämte Anmaßung auffallen, mit der hier die Unternehmer sich gegen Gewerkschaftsvertretungen wenden. Nach näherer Kenntnis der Dinge erscheint die Anmaßung der Unternehmervertreter noch kraßer. Die vier Gewerkschaftsvertreter sind nicht von der Regierung beigeordnet, sondern sie halten sich, nur auf Wunsch der Reichsregierung, in Paris bereit als Auskunftsperson, ebenso wie eine von der Regierung

Sausagitation.

So wie bei einer großen Maschine die vielen kleinen Schrauben und Mäder zum Gang derselben notwendig sind, so obliegt dem Funktionär unseres Verbandes die unermüdbare und nicht selten anstrengende Kleinarbeit zur Erhaltung und Erweiterung unseres Verbandes. Der aktive Funktionär weiß, daß er nicht nur während der Arbeitswoche zu agitieren hat, sondern daß er überall jede Gelegenheit ergreift, um dem Verband neue Mitglieder zuzuführen.

Da wir einen Sonntag frei hatten, beschloßen wir — Karl, ein tüchtiger Funktionär, und ich —, auf eigene Faust Sausagitation zu machen. Zur festgesetzten Zeit, morgens 9 Uhr, fand ich mich bei ihm ein. Er erwartete mich schon und wir machten uns gleich auf die Beine.

„Guten Morgen, Frau L! Können wir mal Ihren Mann sprechen?“

„Ja, aber er ist draußen im Stall.“

„Wo gingen wir hinunter?“

„Guten Morgen, Wilhelm! Höre mal, Kumpel, wir besuchen Dich heute, um Dich in unseren Verband aufzunehmen.“

„Natürlich, ich gehe hinein, aber erst dann, wenn wir einen Einheitsverband haben.“

„Ja, Kollege, wie denkst Du Dir den Einheitsverband?“

„Alle müssen sie in einem Verband sein. Die Fabrikarbeiter, Metallarbeiter, Bergarbeiter, Bauarbeiter. Kurz, nur ein Verband, damit, wenn gestreikt wird, gleich alle Broden hingeworfen werden.“

„Der Gehalts ist nicht schlecht, aber stelle Dir mal vor, wenn wir im Winter eine gute Konjunktur haben und die Bauarbeiter haben Gehaltsdifferenzen, sollen wir da mit ihnen streiken?“

„Nein, so war das nicht gemeint, aber die Fabrikarbeiter können wenigstens mit uns streiken.“

„Wenn aber bei uns im Herbst die Arbeitsverhältnisse ungünstig liegen, daß der Unternehmer Kohlen auf Vorrat liegen

hat, dann würde er sich freuen, wenn wir streikten. Man muß das immer nur von Fall zu Fall beurteilen. Und dann: wie denkst Du Deine Ideen durchzusetzen, wenn Du außerhalb der Reihen der Kämpfer stehst? Du sagst doch, ein Verband muß sein. Wir Mitglieder haben den Verband, den wir uns aufbauen. Also Du kommst zu uns und dann werden wir uns darüber weiter unterhalten.“

Darauf machte er seine Angaben zur Ausfüllung des Aufnahmeförms. Wir zogen, ihm ein „Wiedersehen“ münchend, froh weiter.

„Guten Morgen! Das ist aber mal gut, Frub, daß wir Dich hier selber treffen.“

„Mit einem juchenden Blick nach seiner Frau fragte er mit-transig: „Was bringt Ihr denn?“

„Wir bringen Dir die Gelegenheit, Dich in die Reihen der Millionen organisierter Arbeiter einzugliedern.“

„Da geht mein Mann nicht rein“, sagte die Frau.

„Frub, Du weißt doch selber, wie es uns bei der Arbeit geht und wie hilflos wir in noch weit schlimmerem Maße der Unternehmerrückwärts angefaßt wären, wenn wir nicht die Erzeugnisse der Organisation hätten.“

„Organisation muß ja sein, aber lasse erst mal alle hinein-gehen, dann gehe ich auch hinein.“

„Nein, mein Mann geht nicht hinein“, sagte die Frau. „Für die paar Mark, die ich monatlich ausgeben muß, kann ich mir schon allerhand kaufen.“

„Aber, Frau, wer hat denn diese Verhältnisse geschaffen, wer ist die treibende Kraft gewesen?“

„Mein Mann geht nicht hinein und damit basta.“

„Währenddessen hatte sich der Mann ins Nebenzimmer geschlichen. Erfolglos mußten wir abziehen.“

„Das ist ja kein, daß wir Dich gleich hier draußen treffen. Nun sag mal, willst Du Dich noch nicht organisieren lassen? Du bist ja schon einmal bei uns gewesen.“

„Ach, der Verband kann ja doch nichts machen!“

„Wieso denn?“

„Warum werden denn so ungleiche Prämien gezahlt? Die Arbeit, die ich verrichte, ist schwerer als die von manchem anderen Kollegen, und doch bekommen sie mehr Prämie. Der Betriebsrat sagt: rechtlich können wir nichts machen, da die Höhe der Prämie nicht tariflich festgelegt ist. Wenn der Verband mir nicht helfen kann, was soll ich denn damit?“

„Kollege, Du mußt hier erst mal auseinanderhalten, daß die Grube dem Unternehmer gehört und nicht dem Verband und daß kraft der heutigen Gesetze der Unternehmer auch noch viele Rechte hat, welche wir selbstverständlich bekämpfen. So bekämpfen wir auch das Prämienhitem, welches nur dazu angetan ist, Reich und Zwietracht unter uns Arbeiter zu säen. Denn die Prämie entspricht selten der tatsächlichen Leistung. Auch Du hast das ja erfahren und Dein Rechtsempfinden bäumt sich dagegen auf. Aber nicht der Verband ist der Schuldige, sondern die Besitzer, der Kapitalist.“

„Ich sehe dies ein, daß der Verband nicht alles auf einmal umwälzen kann, aber er könnte manchmal mehr durchgreifen.“

„Die Wirkung der Schlagkraft des Verbandes liegt in der Stärke seiner Mitgliederzahl. Je größer die Zahl, desto näher kommen wir dem Ziel. Ich denke, wir können Dich jetzt aufschreiben.“

„Na, denn schon!“

„Mit schon zwei Aufnahmen in der Tasche zogen wir ab. Von den weiteren Kumpels, welche wir noch besuchten, gewannen wir noch zwei, so daß das Ergebnis unserer Sausagitation vier Neuzugnahmen war. Das stellte uns zufrieden, denn oft hatten wir weniger.“

Nur vier Streiter sind gewonnen, und doch: welche eine gewaltige Zahl würde daraus, wenn wir mehr Nachahmer fänden! Mit unserem Beruf verwaschen ist uns der Verband, die einzige Organisation, welche für unseren wirtschaftlichen Aufstieg kämpft. Der einzelne kann es wohl mal zum Vorarbeiter oder Steiger bringen, aber die Masse wird sich nur in dem Maße wirtschaftlich verbessern, wenn sie sich im Verband der Bergbauindustrieller organisiert.

G. Schu.

bestimmte Vertretung des Reichsbahninstituts, in dem Unter-nehmer ausschlaggebenden Einfluß haben.

Herr von Siemens, der Präsident des Verwaltungsrats der Deutschen Reichsbahn, ist gegen den Willen der Reichsregierung in Paris erschienen und vom Organisationskomitee gehört worden!

Der frühere französische Eisenbahnkommissar Lefebvre, der selbst sehr stark industrielle Interessen vertritt, habe den Wunsch geäußert, daß vom Organisationskomitee auch der Präsident des Verwaltungsrats der Reichsbahn, Herr v. Siemens, gehört würde.

Die Reichsregierung habe demgegenüber geltend gemacht, daß es ihr überlassen bleiben müsse, die Sachverständigen für das Organisationskomitee zu benennen. „Der Beamtenbund“ schreibt dann wörtlich:

„Dieser völlig korrekte Standpunkt der Reichsregierung ist von Herrn v. Siemens nicht anerkannt worden. Wie wir von durchaus gutunterrichteter Seite hören, hat Herr v. Siemens erklärt, daß er trotz der Auffassung der Reichsregierung nach Paris fahren würde, um seinen Standpunkt beim Organisationskomitee geltend zu machen. Selbst eine Intervention des Generaldirektors der Reichsbahn, Dr. Dormmüller, bei Herrn v. Siemens war ergebnislos. Herr v. Siemens ist also gegen den ausgesprochenen Willen der Reichsregierung und ohne von ihr als Sachverständiger zugelassen zu werden, in Paris erschienen und hat seinen Standpunkt geltend gemacht. Daß die Auffassungen des Herrn v. Siemens nicht in der Linie der Bestrebungen der Reichsregierung auf Wiederherstellung der Reichshoheit der Reichsbahn, sondern vielmehr in der Linie der Verankerung des Einflusses der Privatwirtschaft bei der Reichsbahn liegen, braucht nicht besonders erwähnt zu werden. Und angesichts dieser Tatsache riskiert es der Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Industrie noch, in bezug auf die „Gewerkschaften“ von der Möglichkeit der Vertretung einseitiger Sonderinteressen zu sprechen, riskiert es der Reichsverband-Vorstand noch, die Reichsregierung um die Zurückziehung der Gewerkschaftsvertreter zu ersuchen, riskiert er es noch, von einer „gewerkschaftlichen Kontrolle“ zu sprechen.“

Die Gewerkschaften protektieren!

Die Verbände erlassen folgende Rundgebung:

„Der Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Industrie protektiert in einer Entschiedenheit dagegen, daß an den Reichsbahnverhandlungen in Paris Vertreter der Eisenbahngewerkschaften teilnehmen. Er unterläßt es hinzuzuführen, daß an diesen Verhandlungen auch leitende Persönlichkeiten der Reichsbahn beteiligt sind und daß daher nur dem Artikel 166 der Reichsverfassung Genüge geschieht, der die Gleichberechtigung von Arbeitnehmern und Unternehmern gewährleistet. Im vorliegenden Falle ist die Teilnahme von Gewerkschaftsvertretern um so mehr erforderlich, als die Regelung der zukünftigen Dienstverhältnisse und Arbeitsbedingungen einer der Hauptberatungsgegenstände bildet, und weil die Reichsbahnverwaltung unter dem starken Einfluß industrieller Kreise hartnäckig versucht, mit Hilfe der ausländischen Verhandlungsgegner die ungünstigen sozialen Sonderbestimmungen für die Eisenbahner aufrechtzuerhalten. Um die Verhandlungen über das Reparationsproblem nicht zu gefährden und um dem Ausland gegenüber geschlossen aufzutreten, haben alle gegen die einseitige Ernennung von Vertretern der Industrie und der Banken als Sachverständigen für den Young-Plan, die uns erst durch Zeitungsnachrichten bekannt wurde, keinen Einspruch erhoben. Von einem Protest haben wir aus dem gleichen Grunde abgesehen, als nur Bank- und Industrievertreter in die Delegation aufgenommen wurden, die im Haag die deutschen Interessen zu vertreten hatten. Nachdem aber der Reichsverband der deutschen Industrie es für angemessen hält, gegen deutsche Delegierte — noch dazu mitten in den Verhandlungen — zu protektieren, sind wir gezwungen, auch unsererseits offen Stellung zu nehmen. Wir erheben nunmehr stärksten Einspruch dagegen, daß zur Verhandlungsführung für die Saarfrage ein Mitglied der deutschen Industrie ernannt wird, und ersuchen die Regierung, diesen Vertreter alsbald zurückzuziehen, um die Verhandlungsführung objektiven Vertretern der Reichsregierung ohne industrielle Kontrolle zu überlassen.“

Unterzeichnet hat diese Rundgebung von dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Allgemeinen freien Angestelltenbund, dem Deutschen Beamtenbund, dem Allgemeinen deutschen Beamtenbund, dem Gewerkschaftsbund deutscher Arbeiter, Angestellten und Beamtenverbände sowie vom Deutschen Gewerkschaftsbund (christliche Gewerkschaften).

Soll es so weitergehen?

Welche Schwierigkeiten der Selbstverwaltung der Versicherten in der Knappschaft bei der Regelung der Arztfrage dadurch entstehen, daß die Knappschaftsmitglieder sich mißbrauchen lassen, für die Anstellung aller möglichen Interessenten einzutreten, darüber haben wir in der „Bergbau-Industrie“ mehrmals berichtet. Wir haben uns bei dieser Gelegenheit auch bemüht, den Kameraden zu zeigen, daß es durchaus nicht in ihrem Interesse liegt, wenn immer mehr von ihren mühsam zusammengebrachten Groschen an Ärzte, Zahnärzte und andere Fachärzte ausgegeben werden. Sind doch z. B. allein für die revidierärztliche und fachärztliche Behandlung von Mitgliedern der Ruhrknappschaft die Ausgaben von 2 341 480,93 M. im Jahre 1913 auf 5 800 537,38 M. im Jahre 1928 gestiegen. Dabei hat die Krankenkasse der Ruhrknappschaft im Jahre 1913 41 000 Mitglieder mehr aufzuweisen gehabt als 1928.

Die Erhöhung der Ausgaben ist nicht in erster Linie darauf zurückzuführen, daß der Gehalt für den einzelnen Arzt sich in der Weise erhöht hätte, als vielmehr zum großen Teil darauf, daß die Zahl der Ärzte sich ungeheuer vermehrt hat. Während die Ruhrknappschaft 1913 bei 421 000 Mitgliedern der Krankenkasse mit 361 Revidierärzten, 63 Fachärzten und 33 Zahnärzten, also im ganzen 457 Ärzten auskommen ist, sind gegenwärtig bei ihr bei 360 000 Krankenkassenmitgliedern 561 Revidierärzte, 140 Fachärzte und 124 Zahnärzte und Dentisten, im ganzen also 825 zugelassen. Daneben behandeln noch 97 praktische Ärzte, 74 Fachärzte, 54 Zahnärzte und Dentisten nur die Familienangehörigen. Im ganzen hat also die Ruhrknappschaft mit 1050 Ärzten (ohne die Ärzte in ihren eigenen Krankenhäusern) zu tun. Die Zahl der Ärzte hat sich also bei der Ruhrknappschaft in einem Ausmaße vermehrt, wie es kaum bei einer anderen Krankenkasse zu verzeichnen ist. Auch wenn man berücksichtigt, daß jetzt die Familienhilfe allgemein von der Krankenkasse gewährt wird, so ist die Zahl dennoch zu groß, denn in der Vorkriegszeit haben die gleichen Ärzte auch die Familienangehörigen der Bergarbeiter behandelt. Nur geschah dies nicht auf Kosten der Knappschaftskrankenkasse, sondern auf Kosten der Familienhilfskassen. Auch bei ganz freier Arztwahl werden Grundätze beachtet, daß im Durchschnitt auf 1000 Mitglieder ein praktischer Arzt entfallen soll, wenn die Familienhilfe von der Krankenkasse gewährt wird. Würde man diesen Grundatz bei der Ruhrknappschaft anlegen, so wäre festzustellen, daß sie vielzuviel Ärzte hat.

Wenn die Kameraden diese Zeilen lesen, werden sie sich vielleicht fragen: „Ja, zum Teil noch mal, weshalb habt Ihr nur so viele Ärzte zugelassen?“ Demgegenüber können unsere Kameraden, die im Vorstand der Ruhrknappschaft tätig sind, entgegen, daß, seitdem sie die Mehrheit in der Knappschaft haben, sie stets bestrahlt gewesen sind, der unumschränkten Zulassung entgegenzuarbeiten. Leider werden sie hierbei von den Mitgliedern der Knappschaft nicht unterstützt, sondern im Gegenteil behindert. Hunderte von neuen Zulassungsgesuchen, die von den Mitgliedern der Knappschaft befürwortet und ihnen zugestellt worden sind, liegen nämlich bei unseren Kameraden vor. In all diesen Gesuchen werden die Versichertenvertreter befürwortet, unbedingt noch diesen oder jenen Arzt zuzulassen, weil dies angeblich im Interesse der Mitglieder läge und von ihnen stürmisch verlangt würde. Wie aber ein solches stürmisches Verlangen zustande kommt, das möge folgendes Beispiel zeigen:

„Essen, den 9. Oktober 1929.“

Ich bitte Sie höflichst, am Sonntag, dem 13. Oktober, nachmittags 4 Uhr, bei van de Loo, Schützenbahn 58, zu einer Beratung und Unterzeichnung meines Gesuches an die Knappschaft erscheinen zu wollen. Hochachtung!

Zahnarzt Seybold, Schützenbahn 56.“

Solche Einladungsarten und Briefe werden nicht nur an Knappschaftsälteste, sondern auch an andere bekannte Mitglieder der Knappschaft versandt. Der betreffende Arzt, Zahnarzt oder Dentist hält dann einen Vortrag, welche „Menschenfreunde“ die Ärzte oder Dentisten im allgemeinen sind und der „Einberufer selbst es insbesondere“ ist. Oft wird dann über diejenigen Ärzte oder Dentisten, die bereits zugelassen sind, angedeutet, daß sie nicht so große „Menschenfreunde“ wie der um Zulassung Nachsuchende wären. Wenn dennoch die Krumpels von der „Menschenfreundlichkeit“ des Interessenten noch nicht ganz überzeugt sind, so wird versucht, mit ein paar Stücken Bier und einigen Zigarren nach-

Würden die Versichertenvertreter all diesen „stürmischen“ Forderungen nachkommen, so hätte die Knappschaft noch Hunderte von Ärzten mehr und die Bergarbeiter könnten in der Hauptfrage für die Ärzte und sonstige Leute arbeiten. Das geht natürlich nicht an. Die Krankenversicherung kann sich unmöglich soviel Ärzte leisten, daß jedes Mitglied der Krankenkasse seinen besonderen Arzt hat, der nicht über 5 Minuten weit von ihm wohnt und bei welchem es keine 10 Minuten zu warten braucht, um gleich behandelt zu werden. Auch der Privatpatient, der aus der eigenen und nicht aus der allgemeinen Tasche der Berufsgenossen den Arzt bezahlt, wird, wenn er einen Arzt aufsucht, der nur halbwegs im guten Ruf steht, in der Sprechstunde warten müssen.

Wir geben zu, daß es durchaus nicht böser Wille ist, wenn Knappschaftsmitglieder ihnen vorgelegte Gesuche von Interessenten unterschreiben. Sie glauben, daß es nichts auf sich hat, ob bei der Knappschaft 500 oder 1000 Ärzte die Mitglieder behandeln, weil der einzelne Arzt nach einer Jahrespauschale pro Mitglied bezahlt wird. Sie übersehen aber dabei, daß diese Pauschale immer höher wird, je weniger Mitglieder der Knappschaft ein Arzt zu behandeln hat. Außerdem sind die Herren Ärzte und sonstige Interessenten schnell zur Hand, das Durchschnittseinkommen zum Vergleich heranzuziehen. Sind mehr Ärzte als notwendig zugelassen, so ist das Durchschnittseinkommen für den einzelnen gering, und die Ärzte können damit bei den Schiedsgerichten Eindruck machen, daß es erhöht wird. Es kann aber doch nicht Aufgabe der Sozialversicherung sein, allen Ärzten, auch wenn es ihrer vielzuwiele sind, eine Existenzgrundlage zu schaffen.

Schließlich wird von den Knappschaftsmitgliedern namentlich hinsichtlich der Fachärzte der Einwand erhoben, daß die Zulassungen von allen möglichen Fachärzten für jeden einzelnen Ort der Knappschaft billiger zu stehen kommen würde, weil die Jahrgelderstattung für die Mitglieder in Wegfall käme. Leider ist auch dies ein Trugschluß.

Die Fachärzte werden nach Ueberweisungscheinen bezahlt. Sind über Bedarf Fachärzte zugelassen und haben sie nicht die notwendige Zahl von Ueberweisungscheinen, so liegt die Ver- suchung für sie nahe, ihre Kollegen, die Revidierärzte, zu bestürmen, mehr Ueberweisungen an sie zu tätigen. Die Knappschaft würde dann die ärztliche Behandlung doppelt bezahlen müssen, wo es keineswegs erforderlich wäre.

Wer zu all diesen Fragen nur von seinem örtlichen Standpunkt aus Stellung nimmt, der wird unmöglich den Interessen der Gesamtknappschaft gerecht werden können. Es muß schon den Versichertenvertretern im Vorstand überlassen bleiben, die Frage der Notwendigkeit oder der Mäßigkeit der Zulassung von weiteren Ärzten bei Berücksichtigung der Gesamtinteressen der Knappschaftsmitglieder zu entscheiden. Wer sie zwingen will, von diesen Grundfragen im Interesse irgendeines Dritten abzugehen, der gräbt der Selbstverwaltung der Versicherten in der Knappschaft das Grab. Er soll sich dann nicht wundern, wenn er hierbei leidenschaftlicher Abwehr begegnet.

Die Sächsische Knappschaft

in Freiberg hat soeben ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1928 herausgegeben. Die Mitgliederzahl in der Krankenversicherung betrug im Jahresdurchschnitt 30 627 Arbeiter und 1689 Angestellte. Die Krankenversicherung ist getrennt in eine Arbeiter- und Angestelltenkasse. Die Beiträge in der Arbeiterkassenkasse betragen 9 Prozent des Grundlohnes. Die Beitragereinnahmen in der Arbeiterkassenkasse betragen (die eingekammerten Zahlen beziehen sich auf die Angestelltenkasse): 5 840 518,96 (160 294,70) Mark. Die Gesamteinnahmen 5 955 272,92 M. (165 793,87 M.). Die Ausgaben betragen: an Krankenbehandlung durch approbierte Ärzte für Mitglieder 450 672,06 M. (18 652,40 M.), für Familienangehörige 238 753,43 M. (22 282,25 M.), Sachleistungen der approbierten Ärzte für Mitglieder 69 875,70 M. (4082,45 M.), für Familienangehörige 29 605,58 M. (3568,90 M.), Wegegebühren der approbierten Ärzte für Mitglieder 66 106,80 M. (2050,66 M.), für Familienangehörige 76 815,49 M. (3004,16 M.), Zahnbehandlung für Mitglieder 104 825,35 M. (7779,77 M.), für Familienangehörige 60 456,79 M. (7369,37 M.), Krankenbehandlung durch sonstige Gesundheitspersonen für Mitglieder 875,65 M. (79,30 M.), Arznei und sonstige

Beimittel für Mitglieder 375 581,23 M. (15 418,85 M.), für Familienangehörige 50 608,12 M. (10 636,56 M.), Krankenhauspflege für Mitglieder 608 062,11 M. (12 040,16 M.), für Familienangehörige 131 858,94 M. (14 778,37 M.), Krankengeld 2 807 088,18 M. (28 388,94 M.), Hausgeld 91 165,56 M. (205,07 M.), Taschengeld 12 129,06 M. (33,75 M.); in der Mitgliederwohnhilfe und Familienwohnhilfe: Gebarmittel für weibliche Mitglieder 702,50 M., für Familienangehörige 18 806,62 M. (782,40 M.), Wohngeld für weibliche Mitglieder 2123 M., für Familienangehörige 17 275,06 M., Stillseld für weibliche Mitglieder 949,92 M., für Familienangehörige 7865,55 M. (579 M.), Wöchnerinnenheim für Familienangehörige 18,60 M. (102,65 M.), sonstige Care Leistungen für weibliche Mitglieder 226,75 M., für Familienangehörige 8782,15 M. (335 M.), Sterbegeld für Mitglieder 13 095,74 M. (3098,70 M.), für Familienangehörige 15 737 M. (1758,50 M.), Verwaltungskosten, persönliche 153 805,61 M. (5718,37 Mark), sächliche 27 220,80 M. (1088,85 M.), Uebführung an die Erneuerungsrücklage 9781,39 M., Gesamtausgaben 5 439 001,77 M. (166 934,71 M.), so daß der Müßlage zugeführt werden konnten 485 442,77 M. (2407,31 M.). Nach den Ursachen der Arbeitsunfähigkeit (ohne Betriebsunfall) gliederten sich die abgeleiteten Krankheitsfälle wie folgt: Atmung 3011 (39), Tuberkulose 182 (3), Herz, Arterien usw. 1341 (13), Magen, Darm, Leber usw. 3512 (59), Rheuma, Gicht 3635 (62), Infuenza, Grippe, andere Infektionskrankheiten 3461 (91), Nervensystem 1838 (52), Hautkrankheiten 1995 (24), Geschlechtskrankheiten 279 (1), Ohren, Nase, Augen 1277 (16), Verletzungen (außer Betriebsunfall) 1513 (11), Sonstiges und Unbestimmtes 1670 (33). Die Anzahl der Krankheitsfälle ohne Arbeitsunfähigkeit betrug 64 904 (3096), davon entfielen auf Zahnbehandlung 10 456 (826), auf die Behandlung anderer Beschwerden 54 148 (2270).

Die Pensionsversicherung.

Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Berichtsjahres 31 915 in der Arbeiterpensionskasse, in der Angestelltenpensionskasse 2040, zusammen 33 955. Von den Mitgliedern der Arbeiterpensionskasse waren 80 nur knappschaftlich versichert, die übrigen gehörten gleichzeitig auch der Invalidenversicherung an. (Die eingekammerten Zahlen beziehen sich in nachfolgenden stets auf die Angestelltenpensionskasse.) Von den Mitgliedern beider Kassen waren am Jahresende beschäftigt im Steinkohlenbergbau 22 881 (1123), Braunkohlenbergbau 8380 (803), Erzbergbau 203 (84), Kalk-, Ton-, Kaolinbergbau 388 (20). Es entfielen daher von den Mitgliedern beider Kassen zusammen auf den Steinkohlenbergbau 70,7 Prozent, Braunkohlenbergbau 27,1 Prozent, Erzbergbau 1,0 Prozent, sonstige Bergbauarten 1,2 Prozent. Von außerknappschaftlichen Bezirksknappschaften traten 4618 Personen zur Sächsischen Knappschaft über, während 2927 Personen von der Sächsischen Knappschaft an außerknappschaftliche Bezirksknappschaften überwiesen wurden. Die Beiträge waren getrennt für Arbeiter und Angestellte mit wesentlich bergmännischen und nicht wesentlich bergmännischen Arbeiten und betragen für die erstere Gruppe in der Arbeiterpensionskasse 12 Prozent, in der letzteren 11,5 Prozent der oberen Grenze der einzelnen Lohnklassen, in der Angestelltenpensionskasse 13,7 bzw. 12,7 Prozent der oberen Grenze der einzelnen Gehaltsklassen. Die Beiträge werden wie in der Krankenversicherung zu drei Fünfteln von den Versicherten und zu zwei Fünfteln von den Arbeitgebern getragen. Vom 1. Mai 1929 ab konnten aber die Beiträge mit Hilfe von Geldmitteln, die der Reichsknappschaft vom Reiche aus den Ueberschüssen der Lohnsteuer bis auf weiteres überwiesen wurden, in der Arbeiterpensionskasse generell auf 8,50, in der Angestelltenpensionskasse auf 10,56 bzw. 10,16 Prozent gesenkt wurden. Die Zahl der Pensionsempfänger betrug am Jahreschlusse: Invaliden 12 981 (357), Witwen 8271 (417), Waisen 2975 (98), zusammen in beiden Pensionskassen also 25 305, das sind auf je 100 Aktive: Invaliden 42 (27), Witwen 11, Waisen 26 (20), zusammen 26, Waisen 10 (5), zusammen 9, oder insgesamt auf 100 Aktive in der Arbeiterpensionskasse 78, in der Angestelltenpensionskasse 52, insgesamt Pensionsempfänger auf 100 Aktive beider Kassen zusammen 74. Im Berichtsjahre wurden gestellt: Anträge auf Invalidenpension 1512 (73), bewilligt 1406 (71), abgelehnt 106 (2), Witwenpension 122 (26), bewilligt 419 (25), abgelehnt 11 (—), zusammen in beiden Pensionskassen gestellt 2204, bewilligt 2057, abgelehnt nur 117. Trotzdem gibt es noch faste Leute, die behaupten, in der Sächsischen Knappschaft herrsche ein unsozialer Geist. Das durchschnittliche Pensionierungsalter betrug 50,5 (51,7) Jahre, zusammen 50,7, das sind seit 1924 rund 7 (5) Jahre weniger; das durchschnittliche knappschaftliche Dienstatler betrug 24,9 (31,1), zusammen in beiden Pensionskassen 25,2 Jahre, das sind seit 1924 rund 6 (5) Jahre weniger.

In den einzelnen Bergbauarten stellte sich in beiden Kassen zusammen das durchschnittliche Pensionierungsalter der Invaliden wie folgt: Steinkohlenbergbau 50,1 (der Witwen 57,2), das knappschaftliche Dienstatler 26,6 (des verstorbenen Versicherten der Witwe 28,7), Braunkohlenbergbau: durchschnittliches Pensionierungsalter der Invaliden 54,8 (der verstorbenen Versicherten der Witwen 55,6), Erzbergbau (und sonstige), durchschnittliches Pensionierungsalter der Invaliden 53,9 (der Witwen 63,8), durchschnittliches Dienstatler der Invaliden 16,6 (der verstorbenen Versicherten der Witwen 28,0) Jahre. (Die geringeren Dienstatler im Braunkohlen- und Erzbergbau sind eine Folge der in diesen beiden Bergbauarten bestehenden laubenschlagartigen Fluktuation der Beschäftigten).

In der Invalidenversicherung

betrug die Zahl der Versicherten am Ende des Berichtsjahres 32 309, von diesen gehörten 473 nur der Invalidenversicherung an, also nicht auch der knappschaftlichen Pensionsversicherung. Die Beiträge werden in der von der Reichsversicherungsordnung vorgeschriebenen Höhe erhoben und je zur Hälfte von den Versicherten und Arbeitgebern. Die Versicherten verteilten sich am Ende des Berichtsjahres im folgenden Verhältnis auf die einzelnen Lohnklassen: I und II 0,0 Prozent, III 0,7 Prozent, IV 1,3 Prozent, V 1,5 Prozent, VI 3,8 Prozent, VII 92,7 Prozent. Hierdurch wird der Mangel eines Nachwuchses an jugendlichen Bergarbeitern geteufelt.

Am Ende des Berichtsjahres waren vorhanden: Invalidenrentner 10 464, Witwenrentnerempfänger 2562, Waisenrentnerempfänger 3067, zusammen 16 093. Im Berichtsjahre wurden gestellt Anträge auf Invalidenrente 1532, davon bewilligt 1335, abgelehnt 197; Witwenrentenanträge 436, davon bewilligt 411, abgelehnt 25; Waisenrentnanträge 169 für 283 Waisen, davon wurden bewilligt 166 für 275 Waisen, abgelehnt 3 für 8 Waisen. Auch diese Zahlen sprechen wohl nicht für eine unsoziale Einstellung der Sächsischen Knappschaft. — Anträge auf Heilverfahren wurden gestellt 2068, davon wurden bewilligt 2051, abgelehnt 17. In den Kurorten Augustusbad, Schmiedeberg, Rämichtmühle, Georg-Stift bei Glauchau, Köstritz in Thüringen, Albertsberg, Sulza in Thüringen, Elster, Naubeim, Wildungen und anderen Seilstätten waren insgesamt 1058 Versicherte an 37 047 Verpflegungstagen untergebracht. Auf dem Gebiete der allgemeinen Maßnahmen nach § 1274 der Reichsversicherungsordnung wurden in 2632 Fällen Mittel bewilligt; hiervon entfielen 1185 Fälle auf allgemeine Kinderfürsorge, 409 auf Enttötung und sonstige orthopädische Behandlung von Kindern, 77 auf Tuberkulosebekämpfung, 937 auf die Behandlung sonstiger Krankheiten und in 24 Fällen auf Anwendung an gemeinnützige Körperkassen und in Vergleich.

Haus und Leben

Sehnsucht der Tat.

Nur in einer stillen Stunde der Feier erkennen wir uns selbst. Dieses Leben von heute macht uns nüchtern. Es ertötet in uns so viel von uns selbst. Es nimmt uns so ganz gefangen mit seinem Kampf um die Existenz, mit seinem Ringen um die allereinfachsten und selbstverständlichsten Rechte. Und nur wenn wir diesen kapitalistischen Alltag einmal von uns werfen und uns nur erleben, nur den Menschen in uns, dann erleben wir die Feier des Menschen, seine Größe. Dann fühlen wir, wie es da in uns klingt, wie da eine lebendige Welt ist voll Sehnsucht.

Da gibt es nicht einen, in dem sich dieses Sehnen nicht regt. Und zwingt ihn der Kampf des Tages auch noch so sehr in das Kleine, da in dieser Stunde der Feier seiner selbst fühlt jeder seine Größe, die da Sehnsucht heißt.

Sie regt sich im Kinde schon, wenn es seine Aermchen verlangend zur Mutter streckt. Sie regt sich im erblickenden Mädchen, im Jüngling, wenn sie, versunken in sich selbst, von Liebe träumen.

Ueber sich hinaus! Mehr als ich! Ein Du! Das ist das eigentliche, das große Wesen des Menschen, daß er in Du nur glücklich ist.

So ist auch dieser stille Weltsehmerz Sehnsucht, den jeder in einer heilig-feierlichen Stunde einmal hat, der Ausdruck dieses eigentlichen Menschenwesens. Gerade in dieser Feier, da er am innigsten glücklich sein möchte mit Menschen, da steht er allein. Und da fühlt er dann den ganzen Widerstand des Lebens, das tausende Ich hat und keine Gemeinschaft. Und er sehnt. Und er leidet an sich und der Welt, weil er im Leben des Tages aus ihr herausgerissen ist.

Darum ist nach Brachvogels Wort auch zu sterben wert, wer die Sehnsucht nicht kennt. Weil er nichts fühlt von diesem Eigenlichen, das Mensch bedeutet. Weil er in einer Feiertiefe seines Herzens nichts von dieser zwingenden Urkraft des unausrottbaren Sinnes der Welt erlebt, der Gemeinschaft in Liebe heißt.

Die Sehnsucht ist der tiefe Brunnen, aus dem der Kampf um die neue Gestaltung immer wieder seine letzte stützende Kraft schöpft. Bruder und Schwester sagen können auch Träumer. Nur da im Kampfe wird Sehnsucht Tat. Nur im Kampfe, durchglüht von der Sehnsucht einer allumspannenden Liebe, wird die Menschheit einmal zu der herrlichen Wirklichkeit einer ewigen Feier ihrer selbst.

Wieviel Worte braucht man?

Zu einem amerikanischen Blatt, das die Frage erörtert, wieviel Worte der Durchschnittsmensch notwendig hat, wird darauf hingewiesen, daß der »Standard Dictionary«, das große englische Wörterbuch, 350 000 Ausdrücke verzeichnet. Gegen diese Mengenmassen ist selbst der Wortgebrauch Shakespeares klein, der seine unsterblichen Dramen mit 16 000 Worten geschaffen hat. Andere Dichter verwenden noch sehr viel weniger. Milton zum Beispiel, der ebenfalls wegen der Fülle seiner Ausdrücke berühmt ist, hat nur 8000. Der hochgebildete moderne Mensch verwendet kaum mehr als 3000 bis 4000 Worte. Um Zeitungen oder leichtere Bücher zu lesen, braucht man nicht mehr als 2000 Worte zu kennen. Der weniger gebildete Mensch kommt in seiner Unterhaltung mit einem Wortschatz aus, der kaum die Zahl von 500 Worten übersteigt, und Bauern in abgelegenen Dörfern, deren Interessentkreis und Weltbild sehr beschränkt ist, haben nicht mehr als 200 Worte nötig, um alles auszudrücken, was sie sich im alltäglichen Leben zu sagen haben.

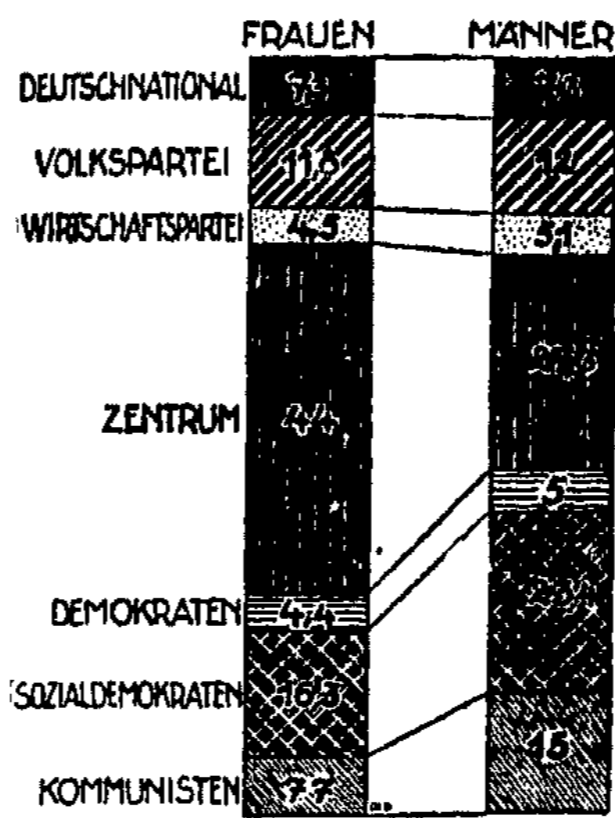
Kartenspiel.

Sonntag nachmittag. Draußen ist silberner Himmel: Herbsthimmel. Keine Sonne — und dennoch Freude. Alle Welt ist silberner überhäutet: her vom leichten Nebelhimmel. Das ist draußen. Voll Wehmut schaut du manchmal durch die Scheiben: durch die Scheiben der Wirtschaft. Warum denn Wehmut? Warum Wehmut: weil du draußen sein solltest, weil du dich wie eine Möwe unter dem Silberhimmel hinstrecken solltest, statt hier in der verqualmten und stinkenden Wirtschaft zu sitzen. Horrihoh, was hält dich denn hier in der Wirtschaft zurück, siehe doch auf — und laufe fort, sei ein Silberfischer draußen in silberner Luft, tummle dich, tummle dich! Ja — aber das da — das möchtest du dir auch nicht entgehen lassen: die Kartenspieler! Der Kartenspieler wegen läßt du dich hier einrauchen — wie — wie — wie — nen Härenschinken — das ist — das Kartenspiel! Wer gewinnt? Keiner gewinnt. Alle Kartenspieler verlieren: sie verlieren die Freude des Schönen, des Reinen, des beglückenden Augenblicks — alle Kartenspieler betrügen sich um den hohen Schatz des Lebens, sie sind Maulwürfe, die sich tiefer und tiefer in Dred graben — bis — bis — bis sie ertrinken!

Diese Kartenspieler nennen: vier Mann — oder besser: vier Frauen, vier Burtschen, vier Jungfrauen — ich kenne sie alle vier, sie sind Lehrlinge aus der Emaillefabrik. Bitte: Trampf-Äß nicht! Fotocoll: auch alle ins Herz! Da verwaucht, verjaugt und verjodelt ihr nun einen Sonntag, habt rein gar nichts von eurem höchsten formtäglicher Freiheit. Du gibst! Drei — drei — drei! Weiter. Bitte ist Trampf! Wie ihr so blaß seid, Jungens! Das Gift der Emaille löst die Rosen eurer Wangen aus. Dem Leungsgift aber fügt ihr noch ein anderes Gift hinzu — das Leungsgift des Nikotins. Wenn ihr den Zigarettenrauch in eure Brust hineinzieht, dann zittern allemal angstvoll eure blauen Augenlider, die Wimpern! Leise haben eure Hände — die heute ruhen möchten, umhast Fremdensteine zu tau — Fremdensteine den Kartenspieler. Ihr trinkt Bier. Neben den Biergläsern stehen leere Schnapsgläser — wirklich: eine wahre Göttergabe, diese Saucen. Jungens: verbrannt die Karten! Beträgt euch nicht selbst um die Freude eines jungen Lebens, weidet die Karten!

Wie wählt die Frau?

Außertlich der letzten Wahlen ist verschiedentlich versucht worden, den Anteil der Frauen bei der Wahlbeteiligung festzustellen. Unser Schaubild zeigt die Ergebnisse in Prozent der nach Geschlechtern abgegebenen Stimmen zum Kölner Stadtparlament. Dabei ist sehr interessant zu beobachten, daß die Zentrumspartei einen auffallend hohen Prozentfuß von wählenden Frauen zeigt.



während die Linksparteien eigentlich „Männer“parteien sind. Bei den übrigen bürgerlichen Parteien hält sich die Beteiligung beider Geschlechter ziemlich die Waage.

Daß die Frauen reaktionärer wählen als die Männer, ist bekannt, aber nur in Einzelfällen statistisch erfasst. Bei den Wahlen zu den Gemeindevereinigungen, Kreis- und Provinziallandtagen, die in der nächsten Zeit in Preußen und einigen anderen Freistaaten stattfinden, müssen deshalb im Interesse der Arbeiterbewegung die Frauen besonders erfasst und auf die Bedeutung dieser Wahlen gerade für die Frauenvwelt besonders hingewiesen werden. In der Gemeindeverwaltung sind eine Menge Verwaltungsarbeiten, die für die Frau und die Familie von der allergrößten Bedeutung sind. Ein erträgliches Leben ist für den Arbeiter nur möglich in einer

gesunden Wohnung.

Hier hat die Gemeinde große Aufgaben, indem sie für umfassenden Grundbesitz der Gemeinde sorgt, um die private Boden speculation einzuschränken. Durch eigenen Wohnungsbau und Förderung des genossenschaftlichen Wohnungsbaues, durch Zuweisung der Hauszinssteueranteile für Kleinwohnungen usw. kann die Gemeinde segensreich wirken. Sie wird dies um so mehr tun, je stärker die Arbeitervertretung im Gemeindeparlament ist.

Die Schulfrage

Ist für die proletarische Frau von großer Bedeutung. Nicht der Geldbeutel der Eltern, sondern die Begabung des Kindes soll hier entscheidend sein für den Aufstieg des Kindes von der Volksschule zur höheren Schule und zur Universität. Die kommunalpolitischen Richtlinien der SPD. formulieren diese Forderung:

Praktische Vereinheitlichung des gesamten Schulwesens durch Ausbau der Volksschulen, durch Ermöglichung von Übergangseinrichtungen von der Volksschule zur höheren Schule (Aufbauschule, besondere Kurse für begabte Arbeiter) und durch Verbindungen zwischen Volksschulen, höheren und Berufsschulen. Abschaffung der Mittelschulen. Erweiterung der Volksschule um zwei Jahre als Übergang zwischen Volksschule und Berufsschule. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, unentgeltliche Beschaffung von Lern- und Lehrmitteln, von Schüler-, Lehrer- und Arbeitsbüchern. Gewährung von ausreichenden Wirtschaftsbefähigen.

Das war eine Jugend: die Karten- und Krempeljugend. Nun hin zur anderen Jugend, die den Kartenspielerinnen nicht ins Netz gegangen ist, die frei ist vom Truggift des Nikotins und Alkohols. Gesunde Jungens — wo seid ihr? Auch ihr: Emaillearbeiter, Lehrlinge, auch ihr, blaß vom Gift der Fabrik — aber immerhin: gesund an der Seele. Jungens, ihr meine Freunde — ihr Stadtläufer, ihr Schwimmer im Silbernebel, wo seid ihr nun? Ich suche euch!

Ich habe sie gefunden. Ich sehe sie — ich beobachte sie — da stehen meine jungen Freunde vor einem Kunstladen, vor einem Bilderladen — jeder Blick hat ein anderes Objekt. Der Dant schaut auf ein Alpenbild, der Fritz segelt mit einem Fischer durch die grüne Ostsee, der Schorsch reitet auf einem Dromedar — mitten durch die braungelbe Wüste hin, und der Tom schnebelt bei einem holländischen Stillleben: Lustern, Schinken, Kumperrüssel, rote Radischen. Wöplich bricht alles ab. Die Bilderdrücke verschwinden, die Jungens werden wie Blätter, wie Herbstblätter, sie lassen sich treiben vom Verkehrswind — sie wirbeln durch die Großstadt: hingerissen, mitgerissen — vom Sonntagstübel.

Wieviel schöne Erlebnisse. Die bunten Archen, Archen Noahs — die Elektrischen! Die flinken Autos: Kometenzüge. Sei — noch 'n Pferd, 'n alter lahmer Droschkenzettel, der Antscher hat Schwier an der Nase. Du! Die Rojen und die Nellen — Frauenchen, hüben wir mal riechen? Immerzu, jagt das Kartenspielerchen, die Blumenverkäuferin. Immerzu, Jungens, riecht mal — riechen kostet nix.

Weiter. Amerika. Newyork. Westindien. Palmen. Weiße Farmhäuser. Braune Melanthenmädchen. Und Schiffe in blauen Robellen. Schiffe mit zwei, drei und gar vier Schornsteinen. Die Jungens stehen vor einem Reisebüro — Reklamobilder aus aller Welt. Weiße was — wenn wir groß sind, dann werden wir Deizer — Deizer auf See, dann kommen wir überall umsonst hin, dann bekommen wir fürs Reizen noch bezahlt. Jawohl: Deizer wollen wir werden — aber erst auskernen! Nicht davonlaufen, wenn das Gift der Emaille auch noch so sehr brennt.

Weiter, Jungens! Weiter auf Entdeckungstreffen. Sei — der Verkehrsminister, die rechte Winkelmaße. Schorsch, so guck doch bloß mal, wie der die Arme wackelt — und wie er den

In Reich und Staat ist diesen Forderungen nur ungenügend Rechnung getragen und ebenso ist es in den Gemeinden. Wo Unentgeltlichkeit von Lern- und Lehrmitteln durchgeführt ist, handelt es sich durchweg um Gemeinden mit sozialistischer Mehrheit. Gehobene Volksschulabteilungen oder Aufbauschulen sind auf Drängen der SPD. errichtet in Berlin, Hamburg, Wöbel, Braunschweig, Kaufbe, Bitterfeld, Bamborn usw. Freistellen für Arbeiterkinder in höheren Schulen, die auf Drängen der Arbeitervertreter wohl überall vermehrt wurden, sind nur ein kümmerlicher Notbehelf.

Der Weg zur notwendigen Ausbildung begabter Arbeiterkinder geht nur über verstärkten Arbeiterereinstieg in der Gemeinde!

Auf dem Gebiete des Gesundheitswesens

mußte in der Gemeinde jeder Fortschritt den Bürgerlichen in zähem Kampfe abgerungen werden. Erst nach dem Kriege gelang es dem Drängen der Arbeiterschaft und der Tatkraft ihrer Vertretung in den Gemeindeparlamenten, Badeanstalten, Turn- und Spielplätze auch in kleinsten Gemeinden zu schaffen, aber hier bleibt auch in vielen Großstädten noch sehr viel zu tun.

Die Säuglingsfürsorge

hat, ebenfalls unter stetem Drängen der Arbeiterschaft, erhebliche Fortschritte gemacht. Entbindungsanstalten, Säuglings- und Wäckerheime, Säuglingsfürsorgestellen sind vielfach, aber längst noch nicht genügend, entstanden.

Heilstätten, Genesungsheime, Tuberkuloseheilstätten verdanken ihre Entstehung und ihren Ausbau wesentlich den Arbeitervertretungen in Krankenkassen, Knappschaftskassen und Gemeinden.

Die Jugendwohlfahrt

hat den stärksten Antriebe von den Arbeitervertretungen in den Gemeinden erhalten. Wie notwendig erhöhte Jugendfürsorge ist, braucht man nur an einigen Zahlen zu erläutern. Von 1 051 062 untersuchten Schulkindern in 23 preussischen Regierungsbezirken waren 34 358 tuberkulös. Im letzten Vierteljahr 1928 starben an Tuberkulose von 1000 Kindern in London 67, in Berlin 124, in München 117, in Mainz 148. In Breslau waren von 66 555 Schulkindern schlecht ernährt 16,61 Prozent, unterernährt 47,22 Prozent und stark unterernährt 34,39 Prozent.

Im Gesundheitsamt Waldburg zeigten in Neurode die Gesundheitsuntersuchungen der Volksschüler folgendes Bild: Englische Krankheit: Von 2795 Kindern an neun durchuntersuchten Schulen zeigten Folgezustände von überstandener englischer Krankheit: 102 = 14,3 Prozent; Drüsen: Von 2795 Kindern an neun durchuntersuchten Schulen litten an strupulösen Drüsen: 1081 = 31,1 Prozent; Tuberkulose: Von 2795 Kindern an neun durchuntersuchten Schulen stammten 360 Kinder aus Familien, in denen ein Mitglied an Tuberkulose erkrankt oder gestorben ist = 12,89 Prozent.

Diese schlechten Verhältnisse treffen aber auch auf Jugendliche zu. In Düsseldorf waren von 3110 Fortbildungsschülern ohne Gehör 2,20 Prozent, zurückgeblieben 25,27 Prozent, „leiblich“ ernährt 71,50 Prozent.

So wie in diesen Fragen, geht es in vielen anderen, auch in der Provinz, der auf dem Gebiete des Verkehrs, des Wohnungswesens, der Jugend- und Wohlfahrtspflege große Wirkungsmöglichkeiten offenstehen.

Je stärker die Arbeitervertretung

in diesen Körpern, um so größer die Möglichkeit, Gutes für die breiten Volksmassen zu schaffen.

Deshalb: Agitation für die Arbeitervertretung in den Gemeindeparlamenten und vor allen Dingen:

Beteiligung der Arbeiterfrauen und der wahlberechtigten Kinder an diesen Wahlen!

45 Woche vom 3. bis 9. November
Die Kameraden wollen im Interesse des Verbandes um pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags besorgt sein

Mund verzieht — er scheint zu sprechen, innerlich: ein schwerer Dienst, Tag für Tag, hart und giftig, wie Emaille.

Hier wird's laut: Die Anlagen! Der Park. Buchen, Horn, Ulmen, Birken. Das klimmert in Gold, Purpur, Bambus, Smaragd, Ocker, Weinrot und Bernstein. Leise rauscht der Wind mit all dem bunten Blattzeug — und bunte Mädchen schreien unter das leise Rauschen eilig hinweg: wie schöne Traumbilder. Atme tief — vom Silberhimmel strömt Feuchtigkeit. Das schmeckt anders als Zigarettenqualm. Fritzel — das Wasser — der Teich — die Fontäne — die weißen Enten — der bronzene Pfeng da — und der Rasen ringsher ist so schön grün wie im Mai — Maienfreude zur Herbstzeit.

Montag. Die Fabrik. Emailleluft. Blechgeschirre. Kochtöpfe. Nührüssel. Bratpfannen. Alles im Wechselgang — vom rohen Blech sich immer mehr vervollkommend bis zur fertigen „Ware“. Profit klimbert im Büro. Bitternis spuckt aus im Emailleerraum, stucht grün und gelb.

Unsere Jungens, die von der Emaillefabrik am Montag, sind zweierlei Jungens: die Kartenspieler und die Entdeckungstreffen — Jungens, mal her zu mir, ihr zwei Parteien — laßt euch in die Augen schauen — wer will mitschauen? Die Augen der Kartenspieler: leer, verglast, hoffnungslos. Die Augen der Entdeckungstreffen: die Augen der Stadtläufer: frisch. Da funkelt Sonne und Energie, Unternehmungslust, Latenzfreude. Bläß sind sie alle — die beiden Parteien: Emaille, Emaille, Emaille!

Ruft mir mal den Unternehmer her. Was sagste da, den Unternehmer rufen, den Fabrikbesitzer? Da mühten wir wohl ziemlich laut rufen, Herr Fabrikant ist mit Frau und Töchtern und Söhnen verweist — ziemlich weit: nach Griechenland, Athen, Akropolis, Museen, Trauben, Feigen, Olanderdunst — Emaille gift eingetauscht gegen Romantik, gegen Freude, gegen Blütenaroma. Jungens, wenn wir nun mal tauschen ließen: ihr wäret in Griechenland — und Herr Fabrikant würde mit Töchtern und Söhnen hier am Emaillebasin! Jungens, was dann? Dann — dann — dann wäre das mal ein gerechter Wechsel: heute mit morgen dir! Aber ich zu, daß ihr das nicht vergeht Kartenspiel!

Max Dorta.

Die Gedingeregelung im Ruhrbergbau.

Es unbestritten manche klare Entscheidung aus die Arbeitsgerichte gebracht haben, so verworren ist noch die Rechtsprechung im Gedingewesen. Der Streit beginnt schon bei dem Charakter der Gedingekameradschaft, dann über den Gedingevertrag, die Gedingefestsetzungsklausel mit Anspruch auf Dauerdurchschnitts- bzw. Mindestlohn. Alles Fragen, die eine klare Entscheidung gebieten und liberal bei unseren Mitgliedern auf ein brennendes Interesse stoßen. Daß die Organisation hier einen harten Kampf führt, kann insbesondere der verstehen, der den Stand des heutigen Direktionsrechtes auf Seiten des Arbeitgebers erkennt. Der Kampf um ein vernünftiges Gedingerecht ist zugleich ein Kampf gegen das Direktionsrecht des Arbeitgebers im Betrieb.

Dann zu den kritischen Punkten, die oben angeführt wurden. Zuerst zur Gedingekameradschaft, zum Gedingevertrag. Hier taucht die Frage auf: Was ist eine Gedingekameradschaft? Ist sie eine formlose Gesellschaft des bürgerlichen Gesetzes und ist der Ortsälteste der Geschäftsführer derselben? Einige Gerichte bejahen es. Nach ihnen hat der Ortsälteste das Recht, im eigenen Namen für die Kameradschaft ein Gedinge abzuschließen ohne Rücksicht darauf, ob die Mitglieder mit diesem einverstanden sind oder nicht. Das Gedinge wäre rechtsverbindlich abgeschlossen und rechtskräftig für alle Mitglieder der Kameradschaft. Die letzteren könnten nur Ansprüche an den Ortsältesten stellen, der ihnen für den Abschluß eines normalen Gedinges verantwortlich sei. Wie unmöglich diese Rechtsauffassung ist, erfährt man am besten aus der Bestellung der Ortsältesten und der Unmöglichkeit der Haftung. Bekannt ist doch, daß der Ortsälteste nicht gewählt, sondern von dem zuständigen Beamten bestimmt wird. Die Gedingekameradschaft ist also auf die Person des Ortsältesten ohne Einfluß. Hinzu kommt noch die Unmöglichkeit der Haftung des Ortsältesten gegenüber seinen Gedingemitgliedern. Mit welchen Mitteln soll er haften? Man sieht hieraus die Selbstverleugung einer solchen Rechtsauffassung.

Über sie birgt auch Gefahren in sich. Würde eine solche Auffassung Allgemeinut der Arbeitsgerichte, so wäre die Folge, daß der Arbeitgeber beliebige Ortsälteste bestimmen könnte, die gewollt oder ungewollt zum Schaden der Mitglieder Gedinge abschließen tätigen könnten. Ein Arbeitsgericht mußte schon entscheiden, daß ein Ruffenmeister kein rechtsgültiges Gedinge abschließen kann. Der Wahrheit am nächsten kommt darum jene Rechtsprechung, die im Gedingevertrag eine Häufung von Einzelarbeitsverträgen sieht, abgeschlossen mit jedem einzelnen Gedingemitglied. Der Ortsälteste ist also nur ausführende Person. Sein Mitglied kann gegen seinen Willen gezwungen werden, diesem Vertrag zuzustimmen. Welche Folgerungen ergeben sich daraus? Das Gedinge kommt demnach also nur dann zustande, wenn alle Mitglieder der Gedingekameradschaft dem zustimmen. Ausnahmen bestehen nur dort, wo gesetzliche oder tarifliche Bestimmungen dem entgegenstehen.

So gilt nach § 80 c des Allgemeinen Preußischen Berggesetzes dort, wo ein Gedinge nicht zustande kommt, das betreffende vom vorhergehenden Monat. Jedoch gilt dieses nur, wenn keine wesentliche Veränderung der Arbeitsverhältnisse sowie der Zusammensetzung der Gedingekameradschaft stattgefunden hat. Ist demnach nur der Gedingevertrag ein Einzelarbeitsvertrag, so kann der Arbeitgeber auch diesen nicht einseitig lösen, vorausgesetzt, daß eine besondere tarifliche Vereinbarung nicht vorliegt. Ist er ihn trotzdem, so muß er den vollen bisher verdienten Lohn weiterzahlen.

Auf den Kehrtritt angewandt, muß also der Arbeitgeber bei Verletzung eines Gedingekameraden zu einer minderentlohnerten Gedingearbeit den bisher verdienten Lohn noch für volle 18 Schichten weiterzahlen. Eine höchstschmerzliche Entscheidung liegt noch nicht vor, ist aber zu erwarten. Hoffen wir, daß sie sich diesen Gedankenang zu eigen macht.

Ein anderer Punkt ist die Wirkung der Gedingefestsetzungsklausel mit ihrem Anspruch auf den Durchschnitts- bzw. auf den Mindestlohn. § 5 Ziff. 2 Satz 2 des Tarifvertrages für den Ruhrbergbau besagt: „Die Gedinge sind so zu vereinbaren, daß bei normaler Arbeitsleistung wenigstens 15 Prozent über diesen höchsten tariflichen Schichtlohn (der höchstbezahlte Reparatur-hauerschichtlohn) hinaus verdient werden können und der Durchschnitt aller Gedingearbeiter der Schichtanlage diesen Satz erreicht.“ Diese Bestimmung, die berühmte Gedingefestsetzungsklausel, war lange ob ihrer normativen Wirkung in der Rechtsprechung unstritten. Erst das Reichsarbeitsgericht hat diesem Streit ein Ende bereitet. (Urteil des Reichsarbeitsgerichts, veröffentlicht in unserer Beilage „Praxis des Arbeitsrechts“ Jahrg. 1929 Nr. 6).

Nach diesem Urteil ist die Gedingefestsetzungsklausel normativ, d. h. sie ist zwingend und Bestandteil eines jeden Arbeitsvertrages. Der Arbeitgeber ist also verpflichtet, bei der Gedingeregelung nach ihr zu verfahren. Daß dem aber nicht so ist, weiß jeder, der damit zu tun hat. Auf welchen Lohn hat nun der Arbeiter Anspruch, wenn der Arbeitgeber seiner Verpflichtung nicht nachkommt? Das Reichsarbeitsgericht hat zu dieser Frage noch keine Stellung genommen und so tobt der Rechtsstreit weiter. Eigenartig berührt nun die Rechtsprechung einiger Arbeitsgerichte, die sich zu gewagten Paarparatereien hinsetzen lassen. Sollte man die Normativwirkung der Durchschnittsklausel verneinen, so versucht man nun, nachdem sie durch höchstschmerzliche Entscheidung festgestellt ist, sie umzubiegen. Der Arbeiter soll jetzt nach ihrer Einstellung beweisen, daß der Arbeitgeber vorsätzlich oder fahrlässig ein zu niedrigeres Gedinge angeboten hat. Da ihm dieses aber nur in den seltensten Fällen gelingen wird, so kommt er nicht um seinen Anspruch auf den Dauerdurchschnittslohn. Wer kann den Gegenbeweis führen, daß der Arbeitgeber bzw. sein Vertreter nicht in gutem Glauben gehandelt hat? Bei einer solchen Auslegung ist der bekannte Gedingevertrag des Arbeitgebers wenig Abbruch getan. Hoffen wir, daß auch hier das Reichsarbeitsgericht, welches angewiesen ist, die richtige Folgerung aus seinem richtigen Urteil zieht.

Dann noch zur Frage des Mindestlohnes. Heute wird allgemein anerkannt, daß der Mindestlohn als Garantielohn zu gelten hat. Auch für Leihbauer und Gedingeschlepper muß er in seiner vollen Höhe gezahlt werden. Unstritten ist aber noch, ob er auch beim Vorliegen einer sogenannten passiven Resistenz zu zahlen ist. Wir bejahen mit einigen Gerichten dieses, weil der Gedingearbeiter keineswegs schlechter als der Schichtlöhner gestellt werden darf.

Wägen diese Ausführungen mit zur Aufklärung unserer Mitglieder beitragen. Es muß aber auch den Unorganisierten gezeigt werden, wie auch am Arbeitsgericht der Kampf der Organisation gegen das herrschende Direktionsrecht des Arbeitgebers tobt und wie notwendig eine starke Organisation für die gesamte Bergarbeiterchaft ist.

O. Krell.

An die Verbandsmitglieder!

Die Gewerkschaftsabteilung der kommunistischen Partei Deutschlands hat zum 30. November und 1. Dezember d. J. einen „Reichstongreß der Gewerkschaftsopposition“ nach Berlin einberufen. Es wird nun der Versuch gemacht oder noch gemacht werden, oppositionelle Mitglieder unseres Verbandes als Delegierte zu diesem Reichstongreß nach Berlin zu entsenden. Zweifellos wird man auch versuchen, die Delegation durch Geldmittel aus den Zahlstellen überhaupt zu ermöglichen. Dieser Reichstongreß soll dazu dienen, eine kommunistische Gewerkschaftsorganisation nach dem Muster der früheren „Union“ aufzuziehen.

Wir machen alle Mitglieder und Funktionäre darauf aufmerksam, daß die Teilnahme an diesem kommunistischen Reichstongreß der Gewerkschaftsopposition mit dem Statut und den Generalversammlungsbeschlüssen unseres Verbandes nicht vereinbar ist und daß jedes Mitglied, welches an dem Kongreß teilnimmt, den Ausschluß zu erwarten hat. Diejenigen Ortsverwaltungen, die in ihren Zahlstellenversammlungen über die Teilnahme an dem kommunistischen Reichstongreß debattieren oder die Wahl von Delegierten vornehmen lassen, haben die in unserem Statut vorgesehenen Disziplinarmaßnahmen zu erwarten.

Gleichfalls ist die Verwendung von Verbandsgeldern zu diesem Kongreß unzulässig. Zahlstellenkassierer und Ortsverwaltungen, die trotz dieser Warnung Verbandsgelder zu diesem Zweck zur Verfügung stellen, haben zu erwarten, daß sie persönlich für diese statutenwidrigen Ausgaben haftbar gemacht werden.

Alle Verbandsmitglieder werden gebeten, dafür zu sorgen, daß dieser erneute Versuch der kommunistischen Partei, die Gewerkschaften zu spalten und dazu unseren Verband mit zu benutzen, unmöglich gemacht wird. Nicht Zersplitterung, sondern nur Einigkeit in unserem Verbande kann die Bergarbeiter vorwärts bringen!

Bochum, den 26. Oktober 1929.

Der Verbandsvorstand.

Welch verlogenen Lament die kommunistische Presse um die Oppositionskongressen macht, die den Berliner Kongreß vorbereiten soll, dafür nur ein Beispiel: Im Ruhrgebiet fanden acht solcher Kongresse statt, die zum Teil von „wichtigen Demonstrationen“ begleitet waren. Ueber eine solche Demonstration berichtet das „Ruhr-Echo“ aus Oberhausen, daß „etwa 1000“ an der Demonstration teilgenommen hätten. Unter wuchtigen „Motivrußrufen“ seien sie bei der Oppositionskongressen vorbeimarschiert.

Das ist unverschämte Lüge! Zunächst ist nicht die Demonstration bei der Kongressen vorbeimarschiert, sondern die letztere (28 Mann, davon 11 sogenannte Bergarbeiter) ist zu der Demonstration gezogen, um deren ständige Reihen etwas aufzufüllen! Ganze 150 Mann hatten sich auf dem Marktplatz eingefunden und genau 91 Mann formierten sich dann zu der „wichtigen Demonstration“! So zieht diese Gesellschaft erst im folgenden „Klassenkampf“ zum Rindergepöhl herab!

Wir erwarten, daß unsere Kameraden überall, wo man ihnen die zur Finanzierung des Berliner Kongresses bestimmten 30-Mark-Kampfbillets anbietet, die nötige Antwort nicht schuldig bleiben.

Aus dem Ruhrrevier.

Nach ein Ueberfallkommando!

Uns wird aus Bergarbeiterkreisen geschrieben: Man sollte es kaum glauben, auf welche Einfälle manche Grubenverwaltung kommt, wenn es sich darum dreht, möglichst viel Profit aus den Bergleuten herauszuschinden. Der folgende ergötzliche, aber auch zugleich bezeichnende Vorfall ereignete sich am 7. Oktober im Revier I der Schachtanlage III der Zeche Monopol:

Am genannten Tage befanden sich die Kumpels kaum vor Ort (es handelt sich um einen Schichtrevierbetrieb), als plötzlich von der oberen und auch von der unteren Strecke aus Grubenbeamte ganz nach militärischem Muster strategisch den Rütchenbetrieb besetzten, um die Arbeiter bei ihrer Arbeit zu überwachen (auf zwei Arbeiter kam ein Steiger). Es wurden Söldner angeordnet und gezählt. Dann wurde beraten, auf welche Art und Weise ein mal eine höhere Leistung „herausgeholt“ werden kann. (Der Bergmannsausdruck heißt „schinden“.) Bald begann der Tanz. Nicht weniger als 15 Abbaubäume gaben mit ihrem Gesurre die Musik dazu, zu der die lange Ruthe dann den nach fehlenden Takt lieferte. Sein eigenes Wort in solch einem Getöse zu verstehen, ist nur einem guthörigen Menschen möglich. Um so mehr ist es verständlich, wenn der Kumpel das Brechen der Stempel, das Brechen des Gedinges (an jenem Betriebspunkt soll es nicht vom besten sein) meist überhört, zumal noch Beamte als Antreiber dabei sitzen.

Uebrigens ist dieser Vorfall ein netter Beitrag zu dem viel geprägten Wort: „Wie arbeite ich unglücklich?“ Sieht man nun, wie der Beamte je nach seiner Veranlagung bei dem vom Kohlenstaub und Schweiß glänzenden Kumpel liegt oder sitzt, so könnte dies wirklich ein zugkräftiges und werbenbes Bild für die Zeitschrift abgeben. Würde dieses Bild nicht eine treffliche Illustration zu jenen so oft erscheinenden und ergreifend geschriebenen Artikeln der Zeitschrift sein: „Wie gewinnen wir die Seele des Arbeiters?“ Der Gerechtigkeit halber kann aber manchem Beamten nachgesagt werden, daß er doch manch mittelbigen Blick auf die schweißtriefenden Kumpels warf, als wollte er zur Entschuldigend sagen: „Ich kann für dieses Gebaren nichts, aber ich muß, wenn ich nicht brotlos werden will!“

Ein Bild ist es immer noch, daß bei solchem Vorgehen der Kumpel ruhig Blut behält, denn daß solche Maßnahmen bei leicht erregbaren Menschen das Blut in Wallung bringen können, versteht sich am Rande. Es kann nur angenommen werden, daß solche Einfälle aus purer Langeweile in den Köpfen der anordnenden Beamten geboren werden. Oder sollte sie ihre eigene Unfähigkeit bewußt dazu treiben, damit sie nur ihre horrenden Gehaltsbezüge rechtfertigen können? Man sollte doch als Mensch und nicht als rüchschlöcher Antreiber handeln, wenn man nicht ungeachtetes Unheil heraufbeschwören will. Gefagt aber sei dem Kommandanten dieser Oktoberoffensive, Obersteiger Lorenz, sowie seinen Feldweheln, den Fahrsteigern, daß die Bergarbeiterchaft sie schon lange als überflüssige und unproduktive, nur die Selbstkosten vertuernde Beamte hält, die dem Kumpel nur unnötige Anfechtungen bereiten und den die Verantwortung tragenden Steigerleitern zum Zinberniss herumlafeln. Solche Maßnahmen erhöhen die Arbeitsleidigkeit der Kumpels auf keinen Fall und die Gesamtleistung bestimmt nicht. Ebenfalls wird man damit das Vertrauen der Arbeiter und die freie Eingabe zu freudig und gern ausgeführter Arbeit (wovon die „Gewinnung der Arbeiterseele“ schließlich gemeint ist) erwerben können. Oder sollte bei der ganzen Gewichte der Anordnende der Betriebsleiter Herkules sein? Verwunderlich wäre das

weiter nicht. Ist dieser Herr doch in „Brechens Treiben“ sehr bewandert, wie seine vielfach vom Stapel gelassenen Schimpfkanonaden verraten. Besser wäre es schon, wenn die Direktion der Gesellschaften Bergwerks-A.-G. dazu überginge, Beamte, die anscheinend nur die Fähigkeit besitzen, Arbeiter zu schinden, um ihnen die Lust zur Arbeit zu nehmen, mit einem Entschuldigendsschreiben an gewisse Anstalten zu entlassen.

Den Arbeitern, kleineren Beamten und Angestellten aber mag dieser Vorgang erneut beweisen, wie notwendig es für alle ist, sich zu organisieren, wenn wir nicht wieder Zuständen entgegengehen wollen, die uns finstere Mittelalter erinnern. Hoffentlich tragen diese Zeilen bei manchem dazu bei, ihm die Wahl am 17. November zu erleichtern. Einig sind wir alles, uneinig sind wir nichts. Der Feind, der diese Trabanten züchtet, steht rechts.

Konferenz der Geschäftsstelle Gladbeck.

Am 20. Oktober fand in Buer eine Konferenz der Vertrauensmänner und der Kassierer der Zahlstellen sowie der Betriebsausschuhmitglieder der Geschäftsstelle Gladbeck statt. Kammerad Ueberrieth berichtete über Vorgänge in der Geschäftsstelle in den letzten neun Monaten. Nach dem Bericht sind bei den Betriebsratswahlen im März und später auf 14 von 26 Schichtanlagen kommunistische Zerplitterungslisten aufgestellt worden.

Das Schlussergebnis der kommunistisch eingestellten, gewerkschaftlich unorganisierten Betriebsräte ist auf Rheinfelden, daß der christliche Gewerksverein den Vorsitzenden im Gesamtbetriebsrat und das Aufsichtsratsmitglied bekommen hat. Beide Positionen befanden sich seit Bestehen des Betriebsratsgesetzes in Händen der freien Gewerkschaften. (Die Freigewerkschafter von Rheinfelden und die Verbandsmitglieder der Zahlstelle Eigen haben bei der nächsten Betriebsratswahl zu entscheiden, ob sie wieder solche „rote Betriebsräte“ haben wollen, die es für überflüssig halten, bei schwerwiegenden Fragen mit der zuständigen Gewerkschaft zusammenzuarbeiten, oder ob sie sich von der A.P.D. Ratsschlüsse zum Schaden der Freigewerkschafter holen. So sah die so viel gerühmte Tätigkeit der revolutionären Betriebsräte auf Rheinfelden aus!)

In einigen Zahlstellen, wo kommunistisch eingestellte Ortsverwaltungsmitglieder in der Mehrheit waren, hatten sich Verhältnisse entwickelt, die jeder Gewerkschaftsarbeit Hohn sprachen. Statut, Generalversammlungs- und Vorstandsbeschlüsse wurden nicht beachtet. Gehandelt wurde nur nach den Parolen der A.P.D. Eine Anzahl Verbandsmitglieder, die in ihrer Organisation eine Stärke des Fortschritts und der Bildung sahen, ließen den Mitgliederversammlungen fern und erklärten, nicht eher wieder als Versammlungssteilnehmer zu erscheinen, bis andere Ortsverwaltungsmitglieder eingeseht würden. Nachdem auf Antrag der Geschäftsstelle durch Vorstandsbeschluß vier Ortsverwaltungsmitglieder und kommissarisch neue eingeseht wurden, entwickelten sich wieder erfreuliche Verhältnisse in den genannten Zahlstellen. Die abgeschliffenen und ausgeschlossenen Mitglieder bildeten neue Zahlstellen unter dem Namen des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands — sie segeln also unter falscher Flagge.

Die von 93 Funktionären besuchte Konferenz verlangte vom Hauptvorstand, mit allen Mitteln gegen ein derartiges Treiben vorzugehen. — Zum Punkt:

Grubenoberberufswesen

sprach dann Kamerad Schürby (Bochum). Der Bergmann müsse mehr als bisher vorgebildet werden, um den ihn umlaufenden Gefahren gewachsen zu sein. Die Möglichkeit müsse für den Bergarbeiter geschaffen werden, bestehende Schulvorschriften auch durch-

führen zu können. Mit aller Entschiedenheit müsse darauf gedrängt werden, daß seitens der Unternehmer alle gesetzlichen Vorschriften zur Durchführung kämen. Im Vergleich zu England seien dort viel weniger gesetzliche Vorschriften als bei uns in Deutschland. Dies sei auf den Umstand zurückzuführen, daß der englische Bergmann arbeite, der deutsche dagegen schuifet. Den Betriebsräten und den Grubenkontrolleuren empfahl Kamerad Schürby, die bestehenden Kontrollrechte vollständig auszunutzen, um so Gesundheit und Leben der Bergarbeiter zu schützen.

In folgender, mit allen Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommenen Entschlieung wird der Standpunkt der Funktionäre zur Tagesordnung zum Ausdruck gebracht:

Die am 20. Oktober 1929 in Buer im Volkshause tagende Konferenz der Vertrauensmänner und Kassierer der Zahlstellen sowie der Betriebsausschuhmitglieder nimmt zu den Vorgängen innerhalb des Verbandes in der Geschäftsstelle im laufenden Jahre Stellung. Sie stellt fest, daß das verwerfliche Vorgehen der kommunistischen Partei bei den Betriebsratswahlen im März, indem diese auf einer erheblichen Zahl von Betrieben eigene, gegen die freien Gewerkschaften gerichtete Vorschlagslisten aufstellten, auf denen gewerkschaftlich unorganisierte, Gelbe, Stahlhelmer und andere rechtsstehende Korporationen in großer Anzahl prangten, nicht dazu angetan ist, die freien Gewerkschaften zu stärken. Mit derartigen Vorgehen wird nur den Interessen des Unternehmertums gedient.

Konferenz fordert alle freigewerkschaftlichen Gewerkschafter auf, gegen ein derartiges, die Gesamtarbeiterschaft schädigendes Treiben vorzugehen. An die unorganisierten Bergarbeiter richtet Konferenz das dringende Ersuchen, sich dem Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands als Mitglied anzuschließen, um so Schulter an Schulter mit der Leitung des Verbandes bereits gekämpften zu halten und weiter auszubauen und Neues zu erkämpfen.

Zur Frage der Grubenoberberufswesen fordert Konferenz von der Organisationsleitung, alles anzubieten, um Leben und Gesundheit der Bergarbeiter zu schützen. Durch das Antreiben von heute werden bestehende Grubenoberberufsvorschriften über den Haufen geworfen. Von dem Grundsatz ausgehend, daß Leben und Gesundheit der Bergarbeiter das wertvollste Gut des Bergbauwesens ist, verlangt Konferenz mit Entschiedenheit, daß seitens der Organisationsleitung alle geeigneten Mittel angewandt werden, die bewirken, daß die Grubenbetriebe durch die Bergbehörden regelrecht und gewissenhaft kontrolliert werden. Verstöße der Unternehmer und ihrer Beauftragten gegen bestehende Grubenoberberufsvorschriften müssen ebenso verfolgt werden wie die gegen Arbeiter. Nur so wird es möglich sein, die Unfälle auf ein Mindestmaß herabzudrücken.

Die anwesenden Betriebsräte versprechen der Organisation bei Bekämpfung der Unfälle in jeder Beziehung ihre volle Mitarbeit. Oben einen starken Bergarbeiterverband Antreiber, Unfälle, rigorose Behandlung! Mit einem starken Verband Aufsicht an ernstlichen Verhältnissen! Darum hinein in den Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands!

Aus dem Bezirk Herborn.

Funktionärkonferenz der Geschäftsstelle Siegen.

Am Sonntag, dem 20. Oktober, fand für die Geschäftsstelle Siegen eine Konferenz der Vertrauensleute, Betriebsräte und Knappschafftsleiter statt. Kamerad Laubert berichtete über die verflochtenen Lohnbewegungen und über die noch in der Schwebe befindlichen Verhandlungen über das Mehrarbeitszeitabkommen. Interessant war zu hören, daß die Unternehmer erst eine Lohnüberhöhung forderten und hinterher gegen die Stimmen der Arbeitnehmer einer Erhöhung von 3 Prozent zustimmten. Bezüglich des Mehrarbeitszeitabkommens sei am 12. September ein Schiedsbruch gefallt, wonach für solche Schichtanlagen, die unterirdisch noch länger als 8 Stunden arbeiten, ab 1. Oktober 1929 und ab 1. April 1930 je 5 Minuten Arbeitszeitverkürzung und für die Tagearbeiter eine Verkürzung von 54 Stunden auf 53 Stunden eintreten soll. Obwohl die Arbeitnehmer die Verbindlichkeitsklärung beantragt und am 1. Oktober die Nachverhandlungen bereits stattgefunden hätten, wäre die Entscheidung noch nicht erfolgt.

In der regen Aussprache kam dann der Wunsch der Funktionäre über die Verschleppung der Verhandlungen zum Ausdruck.

Kamerad Lehmann vom Hauptvorstand referierte dann über die Rechte und Pflichten der Betriebsräte. Er verstand es ausgezeichnet, den Funktionären diese Materie vor Augen zu führen, insbesondere die im § 66 BtG. festgelegten Rechte und Pflichten. Weiter streifte er die §§ 71 und 72 BtG. über die sogenannten Aufschlußpflichten, den § 80 BtG. über Bestrafungen und die zwingenden Vorschriften des § 84, bei Einbrüchen gegen Kündigungen die Fristen innezuhalten. Im Schlußwort konnte dann Kamerad Lehmann eine ganze Anzahl in der Debatte aufgeworfener Fragen beantworten.

Mit der Aufforderung, für die Stärkung der Organisation weiter zu arbeiten, konnte Kamerad Laubert die gut verlaufene Konferenz schließen.

Aus Mitteldeutschland.

Kündigung des Lohnarfs im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Die Arbeitnehmerorganisationen für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau haben unterm 25. Oktober die Kündigung des Lohnarfsvertrages dem Arbeitgeberverband überandt. Gleichzeitig sind dem Kündigungskomitee die von den Arbeitern aufgestellten Forderungen beigelegt. Im nachfolgenden geben wir die einzelnen Forderungen wieder:

1. Erhöhung der tariflichen Durchschnittslöhne aller Lohnkategorie unter besonderer Berücksichtigung der Löhne der Jugendlichen und Arbeiterinnen um 1 M. je Schicht.
2. Berringerung der Spanne zwischen Kern- und Randebieren auf 10 Prozent.
3. Streichung der Lohngruppen EX und EN sowie der Boni- und Pönal-Löhne.
4. Aenderung der Lohnklassentafel.
5. Hirschfelde wird dem Kernrevier I zugeteilt.
6. Gewährung von unbezahltem Urlaub bei Kurjusteinahme.

Die hauptsächlichsten Forderungen sind bereits veröffentlicht und in der Konferenz, die am 22. September in Halle tagte, begründet. Die unter der Ziffer 4 geforderte Aenderung der Lohnklassentafel hat zum Ziele, Mißstände zu beseitigen, die in den letzten Jahren aufgetreten sind. Es soll vor allen Dingen erreicht werden, die Ziegelfeiarbeiter, die dem Tarifvertrag unterstellt sind und heute größtenteils von den Werksleitungen willkürlich bezahlt werden, in die Lohnstufen einzugruppiieren.

Durch die Technisierung der Betriebe sind eine Reihe neuer Arbeiterkategorien entstanden, die gleichfalls in die Lohnstufen aufgenommen werden müssen.

In den letzten Jahren sind unhaltbare Zustände aufgetreten, indem man Gewerkschaftsfunktionäre, die an Gewerkschaftskursen teilnahmen, maßregelte und fristlos von den Werken entließ. Die Unternehmer sollten doch den Gewerkschaften dankbar sein, daß diese die Ausbildung der Betriebsräte u. dgl. auf sich nehmen und damit doch gleichzeitig auch ein besseres und fachlicheres Zusammenarbeiten zwischen Arbeiterchaft und Werksleitungen gewährleisten. Gerade das Gegenteil haben die Werksleitungen getan. Sie haben die Gewerkschaftsfunktionäre einfach auf die Straße gesetzt und damit zu einem großen Teil dazu beigetragen, die Aufklärungs- und Bildungsarbeit der Gewerkschaften zu hintertreiben. Die Organisationen fordern deshalb, daß Gewerkschaftsfunktionäre, die an derartigen Kursen teilnehmen, von den Arbeitgebern unbezahlter Urlaub zu gewähren ist.

Mit der Heberregung der vorgenannten Forderungen tritt die Lohnbewegung im Braunkohlenbergbau in ein akutes Stadium. Die Belegschaften haben nunmehr das Wort, um zu zeigen, daß sie geschlossen hinter den von den Organisationen überandten Forderungen stehen.

Die Antwort der Mansfelder Arbeiter.

Bekanntlich hat die Mansfeld A.-G. vor kurzer Zeit das Mehrarbeitsabkommen und den Lohnarif gekündigt, um bedeutende Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter herbeizuführen. So verlangten unter anderem die Herren der Mansfeld A.-G. eine halbseitige Verlängerung der Arbeitszeit und sechsprozentige Lohnüberhöhung. Dieses Vorgehen der Mansfeld A.-G. hat den Belegschaften die Augen geöffnet. Die Belegschaften denken nicht daran, sich durch das „süßliche“ Vorgehen des Herrn Generaldirektors Heinsold einschüchtern zu lassen. Sie fühlen sich stark genug, auch gegenüber einem Arbeitgeber wie der Mansfeld A.-G. ihre Forderungen durchzusetzen. Die Organisationen haben gemeinsam mit den Funktionären zu der Sachlage in Mansfeld Stellung genommen und beschlossen, der Mansfeld A.-G. die nachstehende Antwort zu geben:

1. Durchführung der im § 3 des Manteltarifvertrages festgelegten Arbeitszeit.
2. Erhöhung der Lohns für Arbeiter und Arbeiterinnen über 21 Jahre um 1 M. je Schicht, für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen von 18 bis 20 Jahren um 0,80 M., für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen von 14 bis 17 Jahren um 0,60 M.
3. Bei den Boni- und Pönal-Löhnen erhöhen sich die Bonilöhne um 20 Prozent dieser Spannung.

Diese Forderungen sind der Mansfeld A.-G. überandt worden. Die Arbeitgeber können daraus ersehen, wie die Arbeiter zur Lohnfrage stehen. Letztere sind gewillt, mit allen Mitteln sich dafür einzusetzen, daß die heutigen Löhne den Lebensverhältnissen und der allgemeinen Lage angepaßt werden.

Es kann keine Rede davon sein, daß Mansfeld nicht in der Lage wäre, höhere Löhne zu zahlen. Die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse der Mansfeld A.-G. haben sich in den letzten Jahren außerordentlich günstig entwickelt. Die Herren von Mansfeld dürfen versichert sein, daß die Arbeiter ihre berechtigten Forderungen mit aller Energie verfolgen werden.

Zum Reichstongreß der kommunistischen Gewerkschaftsopposition

Sollen auch 30 Bergarbeiterdelegierte erscheinen. Interessant ist nun, wie sich die Bezirksleitung der KPD. und der famose Bezirksbetriebsratenausschuß Mitteldeutschlands die Wahlen und Finanzierung der Delegierten denken. Aus dem Bergbau sollen 30 Delegierte entsandt werden. Nach dem Brief der kommunistischen Bezirksleitung an die Gewerkschaftsfunktionäre scheint man aber wenig Hoffnung zu haben, diese 30 Delegierte zusammenzubekommen, da an alle größeren Haldstellen die Aufforderung erging, mehrere Delegierte zu entsenden. Auf welche Weise man zu den Delegierten kommen will, zeigt der nachfolgende Brief, der an die Vertrauensleute der Gewerkschaften herausgegeben worden ist:

KPD. Halle-Merseburg. Halle a. S., den 3. Oktober 1929.

An die Genossen! Betr.: Reichstongreß der reb. Gewerkschaftsopposition.

Wir unterstreichen noch einmal, daß die Delegierten unbedingt vor der breitesten Bergarbeiteröffentlichkeit gewählt werden müssen. Wir schlagen Euch vor, sofort eine Fraktionsabteilung einzuberufen, auf der die Delegierten ausgewählt werden müssen, um sie dann in einer Mitgliederversammlung des Verbandes wählen zu lassen.

Wir unterstreichen noch einmal, daß die Delegierten unbedingt vor der breitesten Bergarbeiteröffentlichkeit gewählt werden müssen. Wir schlagen Euch vor, sofort eine Fraktionsabteilung einzuberufen, auf der die Delegierten ausgewählt werden müssen, um sie dann in einer Mitgliederversammlung des Verbandes wählen zu lassen.

Wir unterstreichen noch einmal, daß die Delegierten unbedingt vor der breitesten Bergarbeiteröffentlichkeit gewählt werden müssen. Wir schlagen Euch vor, sofort eine Fraktionsabteilung einzuberufen, auf der die Delegierten ausgewählt werden müssen, um sie dann in einer Mitgliederversammlung des Verbandes wählen zu lassen.

Wir unterstreichen noch einmal, daß die Delegierten unbedingt vor der breitesten Bergarbeiteröffentlichkeit gewählt werden müssen. Wir schlagen Euch vor, sofort eine Fraktionsabteilung einzuberufen, auf der die Delegierten ausgewählt werden müssen, um sie dann in einer Mitgliederversammlung des Verbandes wählen zu lassen.

Wir unterstreichen noch einmal, daß die Delegierten unbedingt vor der breitesten Bergarbeiteröffentlichkeit gewählt werden müssen. Wir schlagen Euch vor, sofort eine Fraktionsabteilung einzuberufen, auf der die Delegierten ausgewählt werden müssen, um sie dann in einer Mitgliederversammlung des Verbandes wählen zu lassen.

Wir unterstreichen noch einmal, daß die Delegierten unbedingt vor der breitesten Bergarbeiteröffentlichkeit gewählt werden müssen. Wir schlagen Euch vor, sofort eine Fraktionsabteilung einzuberufen, auf der die Delegierten ausgewählt werden müssen, um sie dann in einer Mitgliederversammlung des Verbandes wählen zu lassen.

Wir unterstreichen noch einmal, daß die Delegierten unbedingt vor der breitesten Bergarbeiteröffentlichkeit gewählt werden müssen. Wir schlagen Euch vor, sofort eine Fraktionsabteilung einzuberufen, auf der die Delegierten ausgewählt werden müssen, um sie dann in einer Mitgliederversammlung des Verbandes wählen zu lassen.

Wir unterstreichen noch einmal, daß die Delegierten unbedingt vor der breitesten Bergarbeiteröffentlichkeit gewählt werden müssen. Wir schlagen Euch vor, sofort eine Fraktionsabteilung einzuberufen, auf der die Delegierten ausgewählt werden müssen, um sie dann in einer Mitgliederversammlung des Verbandes wählen zu lassen.

Wir unterstreichen noch einmal, daß die Delegierten unbedingt vor der breitesten Bergarbeiteröffentlichkeit gewählt werden müssen. Wir schlagen Euch vor, sofort eine Fraktionsabteilung einzuberufen, auf der die Delegierten ausgewählt werden müssen, um sie dann in einer Mitgliederversammlung des Verbandes wählen zu lassen.

Wir unterstreichen noch einmal, daß die Delegierten unbedingt vor der breitesten Bergarbeiteröffentlichkeit gewählt werden müssen. Wir schlagen Euch vor, sofort eine Fraktionsabteilung einzuberufen, auf der die Delegierten ausgewählt werden müssen, um sie dann in einer Mitgliederversammlung des Verbandes wählen zu lassen.

Wir unterstreichen noch einmal, daß die Delegierten unbedingt vor der breitesten Bergarbeiteröffentlichkeit gewählt werden müssen. Wir schlagen Euch vor, sofort eine Fraktionsabteilung einzuberufen, auf der die Delegierten ausgewählt werden müssen, um sie dann in einer Mitgliederversammlung des Verbandes wählen zu lassen.

Wir unterstreichen noch einmal, daß die Delegierten unbedingt vor der breitesten Bergarbeiteröffentlichkeit gewählt werden müssen. Wir schlagen Euch vor, sofort eine Fraktionsabteilung einzuberufen, auf der die Delegierten ausgewählt werden müssen, um sie dann in einer Mitgliederversammlung des Verbandes wählen zu lassen.

Wir unterstreichen noch einmal, daß die Delegierten unbedingt vor der breitesten Bergarbeiteröffentlichkeit gewählt werden müssen. Wir schlagen Euch vor, sofort eine Fraktionsabteilung einzuberufen, auf der die Delegierten ausgewählt werden müssen, um sie dann in einer Mitgliederversammlung des Verbandes wählen zu lassen.

Wir unterstreichen noch einmal, daß die Delegierten unbedingt vor der breitesten Bergarbeiteröffentlichkeit gewählt werden müssen. Wir schlagen Euch vor, sofort eine Fraktionsabteilung einzuberufen, auf der die Delegierten ausgewählt werden müssen, um sie dann in einer Mitgliederversammlung des Verbandes wählen zu lassen.

Wir unterstreichen noch einmal, daß die Delegierten unbedingt vor der breitesten Bergarbeiteröffentlichkeit gewählt werden müssen. Wir schlagen Euch vor, sofort eine Fraktionsabteilung einzuberufen, auf der die Delegierten ausgewählt werden müssen, um sie dann in einer Mitgliederversammlung des Verbandes wählen zu lassen.

Wir unterstreichen noch einmal, daß die Delegierten unbedingt vor der breitesten Bergarbeiteröffentlichkeit gewählt werden müssen. Wir schlagen Euch vor, sofort eine Fraktionsabteilung einzuberufen, auf der die Delegierten ausgewählt werden müssen, um sie dann in einer Mitgliederversammlung des Verbandes wählen zu lassen.

Wir unterstreichen noch einmal, daß die Delegierten unbedingt vor der breitesten Bergarbeiteröffentlichkeit gewählt werden müssen. Wir schlagen Euch vor, sofort eine Fraktionsabteilung einzuberufen, auf der die Delegierten ausgewählt werden müssen, um sie dann in einer Mitgliederversammlung des Verbandes wählen zu lassen.

Wir unterstreichen noch einmal, daß die Delegierten unbedingt vor der breitesten Bergarbeiteröffentlichkeit gewählt werden müssen. Wir schlagen Euch vor, sofort eine Fraktionsabteilung einzuberufen, auf der die Delegierten ausgewählt werden müssen, um sie dann in einer Mitgliederversammlung des Verbandes wählen zu lassen.

Wir unterstreichen noch einmal, daß die Delegierten unbedingt vor der breitesten Bergarbeiteröffentlichkeit gewählt werden müssen. Wir schlagen Euch vor, sofort eine Fraktionsabteilung einzuberufen, auf der die Delegierten ausgewählt werden müssen, um sie dann in einer Mitgliederversammlung des Verbandes wählen zu lassen.

Wir unterstreichen noch einmal, daß die Delegierten unbedingt vor der breitesten Bergarbeiteröffentlichkeit gewählt werden müssen. Wir schlagen Euch vor, sofort eine Fraktionsabteilung einzuberufen, auf der die Delegierten ausgewählt werden müssen, um sie dann in einer Mitgliederversammlung des Verbandes wählen zu lassen.

Wir unterstreichen noch einmal, daß die Delegierten unbedingt vor der breitesten Bergarbeiteröffentlichkeit gewählt werden müssen. Wir schlagen Euch vor, sofort eine Fraktionsabteilung einzuberufen, auf der die Delegierten ausgewählt werden müssen, um sie dann in einer Mitgliederversammlung des Verbandes wählen zu lassen.

Wir unterstreichen noch einmal, daß die Delegierten unbedingt vor der breitesten Bergarbeiteröffentlichkeit gewählt werden müssen. Wir schlagen Euch vor, sofort eine Fraktionsabteilung einzuberufen, auf der die Delegierten ausgewählt werden müssen, um sie dann in einer Mitgliederversammlung des Verbandes wählen zu lassen.

Wir unterstreichen noch einmal, daß die Delegierten unbedingt vor der breitesten Bergarbeiteröffentlichkeit gewählt werden müssen. Wir schlagen Euch vor, sofort eine Fraktionsabteilung einzuberufen, auf der die Delegierten ausgewählt werden müssen, um sie dann in einer Mitgliederversammlung des Verbandes wählen zu lassen.

Wir unterstreichen noch einmal, daß die Delegierten unbedingt vor der breitesten Bergarbeiteröffentlichkeit gewählt werden müssen. Wir schlagen Euch vor, sofort eine Fraktionsabteilung einzuberufen, auf der die Delegierten ausgewählt werden müssen, um sie dann in einer Mitgliederversammlung des Verbandes wählen zu lassen.

Wir unterstreichen noch einmal, daß die Delegierten unbedingt vor der breitesten Bergarbeiteröffentlichkeit gewählt werden müssen. Wir schlagen Euch vor, sofort eine Fraktionsabteilung einzuberufen, auf der die Delegierten ausgewählt werden müssen, um sie dann in einer Mitgliederversammlung des Verbandes wählen zu lassen.

Wir unterstreichen noch einmal, daß die Delegierten unbedingt vor der breitesten Bergarbeiteröffentlichkeit gewählt werden müssen. Wir schlagen Euch vor, sofort eine Fraktionsabteilung einzuberufen, auf der die Delegierten ausgewählt werden müssen, um sie dann in einer Mitgliederversammlung des Verbandes wählen zu lassen.

Wir unterstreichen noch einmal, daß die Delegierten unbedingt vor der breitesten Bergarbeiteröffentlichkeit gewählt werden müssen. Wir schlagen Euch vor, sofort eine Fraktionsabteilung einzuberufen, auf der die Delegierten ausgewählt werden müssen, um sie dann in einer Mitgliederversammlung des Verbandes wählen zu lassen.

Wir unterstreichen noch einmal, daß die Delegierten unbedingt vor der breitesten Bergarbeiteröffentlichkeit gewählt werden müssen. Wir schlagen Euch vor, sofort eine Fraktionsabteilung einzuberufen, auf der die Delegierten ausgewählt werden müssen, um sie dann in einer Mitgliederversammlung des Verbandes wählen zu lassen.

Wir unterstreichen noch einmal, daß die Delegierten unbedingt vor der breitesten Bergarbeiteröffentlichkeit gewählt werden müssen. Wir schlagen Euch vor, sofort eine Fraktionsabteilung einzuberufen, auf der die Delegierten ausgewählt werden müssen, um sie dann in einer Mitgliederversammlung des Verbandes wählen zu lassen.

Wir unterstreichen noch einmal, daß die Delegierten unbedingt vor der breitesten Bergarbeiteröffentlichkeit gewählt werden müssen. Wir schlagen Euch vor, sofort eine Fraktionsabteilung einzuberufen, auf der die Delegierten ausgewählt werden müssen, um sie dann in einer Mitgliederversammlung des Verbandes wählen zu lassen.

weit hinter denen des Reichstknappschafftsvereins zurückstehen und damit eine Verbesserung notwendig hätten.

Eine Erhöhung der Löhne und Verbesserung der Kranken- und Pensionsbezüge ist möglich, da die Kohlenwirtschaft gerade nicht ungesund ist. Die Besetzung bewegt sich in aufsteigender Linie. Dazu kommt, daß die Löhne in Frankreich eine neue Erhöhung erfahren haben, wodurch auch die Kohlenpreise auf dem französischen Absatzgebiet um 5 Fr. pro Tonne erhöht wurden. Die Bergarbeiter melden selbstverständlich durch ihre Organisation auf ihren Anteil an der Mehrerlöse für das Produkt an.

Die Vertreter der Generaldirektion nahmen die Begründungen der Organisationen zur Weiterleitung an die zuständigen Parteistellen entgegen. Ein weiterer Verhandlungstermin wurde vereinbart.

Die freien Gewerkschaften zur Saarrückgliederung.

Am Sonntag, dem 27. Oktober, nahm eine Funktionärskonferenz des ADGB für das Saargebiet zu der Rückgliederung des Gebiets Stellung. Kamerad Schwarz vom Bergbauindustriearbeiterverband behandelte in einem anderthalbstündigen Vortrag die außen- und innerpolitischen Fragen in eingehenden sachliche Ausführungen. Nach einer kurzen Diskussion wurde nachstehend Entscheidung mit allen gegen eine Oppositionsstimme angenommen:

„Die am 27. Oktober im Cafe Engloer in Saarbrücken tagende Bezirksfunktionärkonferenz des ADGB für das Saargebiet begrüßt die im Interesse des Weltfriedens gelegene Verständigungspolitik zwischen Frankreich und Deutschland und die damit verbundene Räumung des besetzten Gebiets sowie die Verhandlung über die Rückgliederung des Saargebiets. Die Konferenz bringt zum Ausdruck, daß die Saarverhandlungen jedoch zur Befriedung der Völker nur dann beitragen, wenn das Saargebiet restlos unter Reichs-, die Saargruben unter preussisch-bayerisch Staatsverwaltung zurückgeführt und die Wirtschaftsverhältnisse beider Staaten durch Handelsverträge berücksichtigt werden. Sie lehnt jede Internationalisierung und Privatisierung der Saargruben ab. Die freiorganisierte Saararbeiterschaft wiederholt ihren des öfteren geäußerten Wunsch, möglichst bald im deutschen Staats- und Wirtschaftsverband aufzugehen. An die Regierung stellen des Reiches richtet die Konferenz das Ersuchen, bei erfolgversprechenden Rückgliederungsverhandlungen gleichzeitig Verhandlungen zur Vermehrung einer längeren Ubergangszeit und zur reibungslosen Rückführung in die deutsche Reichs- und Landesgesetzgebung unter Einwirkung von Vertretern der Arbeitnehmerschaft zu tätigen. Die Konferenz ist sich bewußt, daß auch in der deutschen Staatsgemeinschaft die organisierte Arbeiterschaft um ihre Errungenen und zu fordernden Rechte durch ihre Gewerkschaften zu kämpfen hat, jedoch hat der Boden des Kampfes eine sozialfortschrittliche gesellschaftliche Grundlage. Es ist Pflicht aller dieser nicht organisierten Arbeiter, in den Berufsverbänden der freien Gewerkschaften für ihre Lebensinteressen mitzuarbeiten.“

Lohnstufen im Saarbergbau für das Jahr 1930.

Löhne des Monats	Für die Arbeiter			Für die Vertragsangestellten	
	1. Abschlag	2. Abschlag	3. Abschlag	Abschlag	Zahlung
1929 Dezember	28. 12.	10. 1.	21. 1.	21. 12.	9. 1.
1930 Januar	30. 1.	11. 2.	19. 2.	25. 1.	8. 2.
Februar	28. 2.	11. 3.	20. 3.	24. 2.	8. 3.
März	29. 3.	9. 4.	17. 4.	24. 3.	5. 4.
April	29. 4.	8. 5.	20. 5.	26. 4.	7. 5.
Mai	30. 5.	7. 6.	18. 6.	24. 5.	6. 6.
Juni	28. 6.	10. 7.	19. 7.	25. 6.	8. 7.
Juli	30. 7.	9. 8.	20. 8.	26. 7.	8. 8.
August	30. 8.	10. 9.	20. 9.	25. 8.	6. 9.
September	30. 9.	10. 10.	18. 10.	25. 9.	9. 10.
Oktober	30. 10.	8. 11.	18. 11.	25. 10.	7. 11.
November	29. 11.	10. 12.	20. 12.	25. 11.	6. 12.
Dezember				22. 12.	—

Die Mitglieder werden ersucht, sich die Lohnstufen aufzuzeichnen.

Abkündigung der Sonntage.

Die Meldung, daß man in England durch Beseitigung der Sonntage die ununterbrochene Betriebs- und Arbeitszeit eingeführt hat, läßt auch den Obersteiger Burghausen von Grube Neben nicht schlafen. Obwohl er weder Volkswirt noch jüdischer Abkündigung ist, ordnet er an, daß die Reparaturarbeiten an Samstagen (den jüdischen Sonntagen) feiern müssen und dafür an Sonntagen zu arbeiten haben. Alle Beschäftigten haben bei dem Herrn seinen Zweck, da er im Betriebsinteresse die Sonntage nach bolschewistischer Methode selbstherrlich regelt.

Die Arbeiter, welche auf diese Art und Weise ihren Sonntag opfern müssen, stehen diesem Wadtsgebaren, wenn sie nicht im Monat 2 bis 3 Schichten opfern wollen, ohnmächtig gegenüber, da auch die französischen Ingenieure, ja selbst die Generaldirektion der Saargruben dieses Vorgehen im Interesse des heiligen Profits billigen.

Auf der einen Seite Unterstützung der Kirchenbanken, auf der anderen Raub der Sonntage!

Aus Polnisch-Oberschlesien. Neuregelung der Löhne.

In der Streitfrage über eine Erhöhung der Löhne in der Bergwerksindustrie und über den Ausgleich der Löhne einiger Arbeiterkategorien in dieser Industrie im ober-schlesischen Teil der Wojewodschaft Schlesien entschied der Schlichtungsausschuß nach Anhörung der Parteien:

I. Bestimmungen für den Kohlenbergbau.

Die Lohnordnung für die Arbeiter der Kohlengruben in Polnisch-Oberschlesien, gültig ab 1. März 1929, wird in folgenden Punkten geändert:

1. Im Abschnitt IB 1 „Ortsbauer im Gedinge“ wird der Absatz 4 betreffend Ortsalterszulage mit dem Hof. 8, 9 und 10 gestrichen. Statt dessen wird folgender neuer Absatz eingefügt: „Ortsalterszulage vor Strecken erhalten eine Schichtzulage in Höhe von 5 Prozent, Ortsalterszulage in Feilern von geringerer Höhe und in Feilern mit mehr als 5 Meter Stempellänge erhalten eine Schichtzulage in Höhe von 10 Prozent, berechnet vom betreffenden Gedingetariflohn (Hof. 5, 6 und 7). Diese Zulage wird nicht aus dem Gedingeverdienst der Kameradschaft gezahlt.“
2. Hof. 24: Der Satz 0,20 Zloty wird abgeändert auf 0,40 Zloty.
3. Hof. 28: Die Sätze 0,12 bis 0,23 Zl. werden abgeändert auf 0,15 bis 0,28 Zl.
4. Hof. 32: Die Sätze 4,18 und 4,30 Zl. werden abgeändert auf 4,40 und 5,50 Zl.
5. Zum Abschnitt I C Punkt 12 „Lohnmotivführer“ wird folgender Absatz hinzugefügt: „Führer von elektrischen und Dampf-

Aus dem Saargebiet.

Der Verband fordert Erhöhung der Löhne.

Im Verein mit den übrigen Tariforganisationen im Saarbergbau richtete der Verband an die Generaldirektion ein Schreiben um Verhandlungen zwecks Aufbesserung der Löhne im Saarbergbau.

In einer Verhandlung am 20. Oktober wurde die Lohnneingabe durch die Organisationen begründet. Der Lohn der Saarbergarbeiter, welcher von amtlicher Seite im 2. Quartal im Durchschnitt mit 40,16 Fr. = 6,58 M. einschließlich Familienzulage angegeben wurde, entspricht noch immer nicht der notwendigen Kaufkraft. Der bevorstehende Winter erfordert jetzt erhöhte Ausgaben für Kleidung und sonstige Bedürfnisse (Einkauf). Die Kronenlöhner von 1,20 Fr. = 30 Proz. des Lohnes entsprechen, auch wenn dazu 1,50 Fr. für Frau und Kind gezahlt wird, nicht dem Zweck, dem kranken Arbeiter eine Hilfe zu sein. Entbehrung und Not sind bei Krankheitsfällen für den Bergarbeiter noch monatelang rückwärts. Die Penionskasse der Knappschafftsarbeiter schon mehr als ein Jahr mit Verlust, da die Beiträge für die heutige Leistung nicht ausreichen, obwohl die Penionen

